

Evaluierung der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 in Wien

Abschlussbericht

Im Auftrag von
Verein Lokale Agenda 21 in Wien
Wien, Dezember 2007

Michael Ornetzeder
Judith Feichtinger
Katharina Handler
Sabine Westphal



*Quod omnes tangit de omnibus approbetur –
Was alle betrifft, soll von allen gebilligt werden
(Grundsatz des römischen Rechts)*

Impressum

Zentrum für Soziale Innovation
Linke Wienzeile 246
1150 Wien
www.zsi.at

Inhalt

1 EINLEITUNG.....	II
1.1 Hintergrund.....	ii
1.2 Das Wiener LA21 Modell.....	iii
1.3 Ziele und Evaluationsfragen.....	iv
1.4 Konzeptioneller Rahmen.....	v
1.5 Evaluationsdesign und Forschungsmethodik.....	vi
2 DIE STARTERHEBUNG.....	VIII
2.1 Arbeitsschritte im Rahmen der Starterhebung.....	viii
2.2 Evaluationsworkshop.....	ix
2.3 Ergebnisse der Starterhebung.....	x
2.3.1 Fokus 1.....	x
Wer nimmt am Prozess in welchen Phasen teil?.....	x
Was liegt in der Handlungskompetenz der LA21?.....	x
Welche Themen werden im Prozess realisiert und/oder mitgedacht (Umwelt, Soziales, Ökonomie)?.....	xi
Themenauswahl und -entwicklung.....	xi
Wer nimmt Einfluss auf den Projektverlauf?.....	xii
Wie werden Lernprozesse bei BürgerInnen, PolitikerInnen und MagistratsbeamtInnen erfasst?.....	xii
2.3.2 Fokus 2.....	xiii
Beschreibung und Analyse des Prozessdesigns.....	xiii
Welche Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit wurden gesetzt? Wie wirken sie?.....	xiii
Welche Maßnahmen und Methoden zur Erreichung und Beteiligung wurden gesetzt?.....	xiv
Welche Begleitangebote und/oder Maßnahmen wurden gemacht und wie/warum/von welchen Gruppen wurden sie angenommen bzw. nicht angenommen? Welche fehlen?.....	xiv
„Haltungen“ der PolitikerInnen zum Thema Beteiligung im LA21-Prozess.....	xv
2.3.3 Fokus 3.....	xv
Eignung der Organisationsstrukturen innerhalb des LA21-Prozesses.....	xv
Kooperation und Kommunikation zu Gremien außerhalb des Prozesses.....	xvi
Ressourcenausstattung in Hinblick auf die Dauerhaftigkeit des Modells.....	xvii
3 FALLSTUDIEN.....	XVIII
3.1 Vorgangsweise.....	xviii
3.2 Ergebnisse aus den Fallstudien.....	xviii
4 ABSCHLUSSERHEBUNG.....	XXI
4.1 Arbeitsschritte im Rahmen der Abschlusserhebung.....	xxi
4.2 Ergebnisse der Abschlusserhebung.....	xxi
4.2.1 Zusammenfassung der Ergebnisse der Telefonumfrage.....	xxi
4.2.2 Ergebnisse aus den Fokusgruppendifkussionen.....	xxiii
4.2.3 Reflexion der Lessons Learned in der Resonanzgruppe.....	xxvii
5. ZUSAMMENFASSUNG	XXIX
Annäherung der AkteurInnen von repräsentativer und partizipativer Demokratie.....	xxix
Aufwertung und institutionelle Weiterentwicklung der Steuerungsgruppen.....	xxx
6. LITERATUR.....	XXXII
7. ANHANG	XXXIII

1 EINLEITUNG

Mit der Evaluierung der Lokalen Agenda 21 (LA21) in Wien wurde das Zentrum für Soziale Innovation (ZSI) und das Institut SORA (Social Research and Analysis) im Herbst 2004 beauftragt. Die Evaluation begleitete von Oktober 2004 bis Frühjahr 2007 den Prozess und unterstützte ihn mit Reflexionswissen. Der vorliegende Bericht umfasst die Ergebnisse der gesamten Evaluierung, beginnend mit der Erhebungsphase (Startphase), die von Oktober 2004 bis November 2005 durchgeführt wurde. Im Anschluss daran folgten bis zum Herbst 2006 die Fallstudien, bei denen pro Bezirk ein Agendaprojekt genauer untersucht wurde. Mit der Enderhebung, die im Herbst 2006 begann und bis in das Frühjahr 2007 dauerte, fand die Evaluierung ihren Abschluss.

Die vorliegenden Ergebnisse basieren auf einer Reihe von schriftlichen Dokumenten (v.a. Jahresberichte der Projektträger, Leitfäden, Veröffentlichungen im Internet), auf den Ergebnissen von mehr als 90 qualitativen Interviews, zwei standardisierten Telefonumfragen bei jeweils 509 BewohnerInnen der evaluierten Agendabezirke sowie auf 5 Fokusgruppen und mehreren Workshops mit VertreterInnen verschiedener Organisationseinheiten des Wiener Agendaprozesses.

Für die Zeit, das Interesse und die Offenheit bei den dafür geführten Gesprächen und Diskussionsrunden möchten wir uns an dieser Stelle bei allen Beteiligten herzlich bedanken.

1.1 Hintergrund

Im Jahr 1992 fand in Rio de Janeiro die Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung statt. Delegierte aus 179 Ländern erarbeiteten damals auf Basis des Brundtlandberichts ein umfangreiches Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert zur Lösung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme: Die so genannte AGENDA 21. Zur Bewältigung globaler Fragen – das wurde in der Agenda 21 ganz klar benannt – müssen alle Ebenen der Politik mobilisiert werden. Aus diesem Grund kommt in diesem Dokument auch den Kommunen eine ganz besondere Bedeutung zu: In Kapitel 28 der Agenda 21 werden Politik und Verwaltung aufgefordert, mit BürgerInnen, lokalen Organisationen und der Privatwirtschaft in einen Dialog zu treten, um gemeinsam eine kommunale AGENDA 21 zu beschließen und so einen Konsens über zukünftige Strategien und Maßnahmen zu erzielen.

Im Jahr 1994 wurde im Rahmen der 'Ersten Europäischen Konferenz über zukunftsbeständige Städte und Gemeinden' in der Dänischen Stadt Aalborg ein umfassender Aktionsplan – die sogenannte 'Charta von Aalborg' – verabschiedet. Die darin formulierten Richtlinien wurden für viele Europäische Kommunen zum Leitbild bei der Erstellung einer eigenen 'lokalen Agenda' für das 21. Jahrhundert. Mit der Unterzeichnung der 'Charta von Aalborg' durch den Wiener Bürgermeister Dr. Michael Häupl im Jahr 1996 bekannte sich auch Wien zu den Vorgaben einer nachhaltigen Stadtentwicklung und zur Einbeziehung der BürgerInnen in diesen Prozess.

Im Herbst 1998 wurde auf Initiative der Bezirksvorstehung und der Volkshochschule WienNordWest im 9. Bezirk ein LA21 Pilotprojekt gestartet. Im Rahmen dieses vielbeachteten Projekts wurde eine tragfähige Organisationsstruktur aufgebaut, die eine kontinuierliche Zusammenarbeit von Magistraten, der Bezirksvertretung, BürgerInnen und lokalen Organisationen ermöglichte. Neben dieser Bildungs- und Vernetzungsarbeit wurde im Zuge des Agendaprozesses auch eine Vielzahl konkreter Projekte umgesetzt.

Im Jahr 2002 wurde im Wiener Gemeinderat ein Modell beschlossen, das vorsieht, dass Bezirke die einen LA21-Prozess starten, in den ersten vier Jahren mit 50% der Kosten unterstützt werden. 2003 starteten die Bezirke 5, 7, 15, 22- und der 9. Bezirk wurde um vier weitere Jahre verlängert. 2004 kamen der 23. und 2005 der 3. und 4. Bezirk mit eigenen LA21 Prozessen hinzu. Die landesweiten Aktivitäten werden vom Verein Lokale Agenda 21

Wien koordiniert. Unterstützt wird der Verein bei dieser Aufgabe durch einen Beirat – bestehend aus ExpertInnen von Universitäten, der Verwaltung und den am Prozess beteiligten BezirksvorsteherInnen – sowie durch ein LA21 Team im Wiener Magistrat.

1.2 Das Wiener LA21 Modell

Das Organisationsmodell des Wiener LA21 Modells besteht aus folgenden Elementen:

- Der Verein „Lokale Agenda 21 in Wien“ ist organisatorische Basis und Koordinationsstelle für die bezirksbezogenen LA21 Prozesse.
- Der Vorstand ist das Entscheidungsorgan des Vereins. Vorsitzender ist der Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung und Verkehr, die weiteren Mitglieder sind GemeinderätInnen aller im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien nach deren Stärkeverhältnis.
- Für die operativen Aufgaben des Vereins ist die Geschäftsstelle zuständig. Ihre zentralen Aufgaben sind Koordinations- und Managementtätigkeiten sowie Informationsarbeit.
- Der Beirat formuliert Empfehlungen und erarbeitet Entscheidungsgrundlagen für den Vorstand in Bezug auf die Prozessgestaltung und auch für die Auswahl der Agendabezirke und der Agendabüros. Er setzt sich aus WissenschaftlerInnen, ExpertInnen der Stadtverwaltung und BezirksvorsteherInnen jener Bezirke, in denen Lokale Agenda 21 Prozesse laufen, zusammen.
- Das LA21 Team Magistrat ist ein dienststellenübergreifendes informelles Gremium mit etwa 25 VertreterInnen. Das Team ist als Informationsdrehscheibe zwischen Stadtverwaltung und Lokalen Agenda 21 Prozessen konzipiert und soll die LA21 Prozesse und die Umsetzung von Projekten in den Bezirken mit fachlicher Expertise unterstützen und Themen der LA21 Prozesse, die von gesamtstädtischer Relevanz sind, aufgreifen.
- Im Rahmen der ein Mal pro Jahr veranstalteten LA21 Plattform besteht für Mitglieder der LA21 Gremien (d.h. Steuerteam, Beirat, Vorstand, LA21 Team Magistrat, Agendabüros und Geschäftsstelle) die Möglichkeit zum gegenseitigen Erfahrungs- und Informationsaustausch über die Lokale Agenda 21 in Wien.
- In den einzelnen Agendabezirken wurden zur Umsetzung der LA21 die folgenden Strukturen aufgebaut:
 - Die Bezirksvertretung fasst den Beschluss zur Durchführung eines Lokalen Agenda 21 Prozesses und zur Finanzierung von der Hälfte der Prozesskosten. Zudem sorgt sie in vielen Fällen für die Umsetzung von Projekten aus Agendagruppen.
 - Pro Bezirk wird ein Steuerungsteam als Lenkungsgremium eingerichtet. Es setzt sich aus BezirkspolitikerInnen, VertreterInnen der Agendagruppen, dem Agendabüro des Bezirkes und dem Verein Lokale Agenda 21 zusammen. Im Steuerungsteam wird die Strategie auf Bezirksebene entwickelt, auch die Aufnahme neuer Agendagruppen wird hier diskutiert.
 - Agendagruppen, Arbeitskreise, Diskussionsforen: Die im Prozess aktiven BürgerInnen arbeiten in unterschiedlichen Formen zusammen. Dies soll gewährleisten, dass sie ihren Möglichkeiten und Bedürfnissen entsprechend mitarbeiten können. Die häufigste Organisationsform sind Projektgruppen.
 - Agendabüros: In den Agendabezirken sind verschiedene Organisationen vom Verein Lokale Agenda 21 damit beauftragt, den LA21 Prozess zu gestalten und zu

managen. Die Auswahl dieser Trägerorganisationen erfolgt mittels öffentlicher Ausschreibung.

1.3 Ziele und Evaluationsfragen

Die Evaluierung des Wiener LA21 Prozesses stand vor einer zweifachen Herausforderung: Zum einen sollen die Arbeiten des Evaluationsteams den laufenden Agendaprozess so weit wie möglich unterstützen und einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Designs, der verschiedenen Organisationseinheiten und angewandten Methoden leisten. Zum anderen werden auch summative, also bewertend-bilanzierende Ergebnisse eingefordert, die nicht zuletzt der zukünftigen strategischen Ausrichtung sowie der Legitimation der LA21 in Wien dienen sollen. Grundsätzlich war die Evaluierung auf folgende Zielsetzungen ausgerichtet:

- Auslotung von Verbesserungsmöglichkeiten der Lokalen Agenda 21 in Wien (bezogen auf die Umsetzung der LA21 in den Bezirken und auf das gesamtstädtische Organisationsmodell)
- Unterstützung von Lernprozessen bei den an der Lokalen Agenda 21 beteiligten AkteurInnen
- Überprüfung der Wirksamkeit der LA21 vor dem Hintergrund der Grundsätze *Nachhaltige Stadtentwicklung auf Bezirksebene, intensive Beteiligung der BürgerInnen, langfristige Prozesse, neue Beziehung zwischen Politik, Verwaltung und BürgerInnen*
- Unterstützung der Theoriebildung zur Umsetzung von LA21 Prozessen („Lessons Learned“)

Auf Basis dieser Zielsetzung wurde bereits in der Vorbereitungsphase der Evaluierung in Workshops mit allen AkteurInnen ein umfangreicher Fragenkatalog erstellt. Die verschiedenen Fragen wurden zu drei Hauptgruppen zusammengefasst. Diese lauten:

Fokus 1: Evaluierung des Beitrages der LA21 Prozesse zur Nachhaltigen Entwicklung im Bezirk

Der erste Fokus konzentriert sich auf die angestrebten Ergebnisse der LA21 Prozesse in den Wiener Bezirken. Ergebnisse sind auf drei Ebenen zu erwarten: auf Konzept- und Projektebene sowie im Bereich der politischen Bildung. Folgende Fragen stehen hier zur Diskussion:

- Wer nimmt am Prozess in welchen Phasen teil? (Partizipation)
- Wie werden die drei Themenschwerpunkte (Umwelt, Soziales, Ökonomie) im Prozess realisiert und/oder mitgedacht?
- Wie kommt es zu Entscheidungen? Welche Themen werden in den LA21 Prozess aufgenommen, welche nicht?
- Welchen Einfluss hat (die Position des)/der InitiatorIn eines Projektes auf den Projektverlauf?

Fokus 2: Gezielte Förderung des Selbstorganisationspotenzials der AkteurInnen im Bezirk

Mit dem zweiten Evaluierungsfokus wird die Aufmerksamkeit auf den Prozess und die Beteiligung verschiedener AkteurInnen gelenkt. Ausgangsbasis ist die Beschreibung und Analyse der verschiedenen Prozessdesigns. Im Zentrum steht dabei das Selbstorganisationspotenzial der AkteurInnen und damit auch die Frage, in welchem Ausmaß dieses Potenzial durch die Arbeit der Trägerorganisationen (unter Mitwirkung des Wienweiten Trägervereins und des Beirats) gefördert wird. Somit geht es an dieser Stelle letztlich auch um die Abschätzung und Verbesserung der Stabilisierungschancen der Agendaprozesse. Folgende Fragen sind hier von Relevanz:

- Beschreibung und Analyse des Prozessdesigns (Aktivierung, Begleitung, Öffentlichkeitsarbeit)
- Welche Maßnahmen zur Aktivierung wurden gesetzt? Wie wirken Sie auf wen und welche Bedingungsfaktoren zeigen sich? Warum wurden diese Maßnahmen gesetzt? An wen sind sie adressiert?
- Welche Begleitangebote/-maßnahmen wurden gemacht und wie/warum wurden sie angenommen/nicht angenommen? Welche fehlen?
- Welche Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit wurden gesetzt? Wie wirken sie? (Bekanntheit und Rezeption LA21)

Fokus 3: Beschreibung und Analyse der Organisationsstrukturen in Hinblick auf die Fokuse 1 und 2

Der dritte Fokus der Evaluierung zielt auf die Beschreibung und Analyse der Organisationsstrukturen in den sechs Agendabezirken. Soweit dies für die Beantwortung der in Fokus 1 und 2 genannten Fragen notwendig erachtet wird, soll diese Analyse auch auf das Wiener Gesamtmodell ausgedehnt werden. Folgende Arbeitsschritte sind dazu geplant:

- Zusammenwirken (Synergien, Parallelitäten, Kommunikation, Kooperation) der Elemente des LA21 Organisationsmodells
- Analyse „nicht beteiligter Stellen“, die für den Prozess aber relevant wären
- Analyse der Ressourcenausstattung, auch in Hinblick auf die Dauerhaftigkeit des Modells

Diese drei Evaluationsfokuse und die damit verknüpften Fragen bilden auch die Grundlage für den vorliegenden Endbericht. Im Rahmen des Startworkshops mit allen relevanten AkteurInnen wurden diese Fragen allerdings ein weiteres Mal diskutiert, konkretisiert und weiterentwickelt und von den TeilnehmerInnen hinsichtlich ihrer Wichtigkeit bewertet (siehe dazu Kapitel 2.2).

1.4 Konzeptioneller Rahmen

Das hier verwendete Evaluationsdesign basiert auf dem Konzept der partizipativen Evaluation. Evaluation ist dabei als interaktiver Prozess zu verstehen, der durch das Einbeziehen unterschiedlicher Perspektiven andere Urteile zu Wort kommen lässt, integriert und Bewertungsmonopole öffnet.

Dies ermöglicht eine umfassende Analyse des gesamten Interventionskontextes. Evaluation ist somit ein sozialer Prozess und wird zum Anstoß für vertiefte Reflexion. Daten werden nicht aus einer rein externen Perspektive erfasst.

Eine partizipative Evaluation sollte damit beginnen, dass die verschiedenen Interessengruppen identifiziert werden und gleichberechtigt ihre Sichtweisen zur Beantwortung der Evaluationsfrage in den Prozess einbringen können. Interessengruppen

sind all jene, die ein bestimmtes Interesse an der Evaluation haben, an einem der Lokalen Agenda 21 Prozesse beteiligt oder auch von ihm ausgeschlossen sind. Sie alle haben unterschiedliche Perspektiven und verschiedene Fragestellungen an die Evaluation, die berücksichtigt werden müssen. Das wesentliche Augenmerk der partizipativen Evaluation liegt daher auf der Einbeziehung möglichst vieler relevanter Interessengruppen. Sind diese identifiziert und haben sie ihre unterschiedlichen Perspektiven eingebracht, beginnen die ersten Aushandlungsprozesse. In dieser Evaluationsphase werden vorliegende Fragestellungen diskutiert und Zielkriterien festgelegt (siehe Evaluationsworkshop 1). Im weiteren Verlauf werden qualitative und quantitative Daten erhoben. Wichtig ist hierbei, dass die gezogenen Schlüsse regelmäßig in den Verhandlungsprozess mit allen Interessensgruppen eingebracht werden (siehe Resonanzgruppe). Die Erhebung von Daten wird nicht im traditionellen wissenschaftlichen Sinn als unabhängiger Prozess betrachtet, es werden zusätzlich auch die verschiedenen Auffassungen und Ansichten zur Zielsetzung der Evaluation in Frage gestellt. Neue Fragen können aufgebracht werden, die Evaluation setzt sich Friktionen und Abweichungen aus. Die Aushandlung von Interessen, und die Interpretation von Daten mit den verschiedenen InteressensvertreterInnen soll regelmäßig wiederholt werden. Partizipative Evaluation stellt damit die Zielsetzung praktischer Relevanz sicher (Ulrich und Wenzel 2003).

Die Evaluation resultiert nicht in einem „objektiven“ Bericht, sondern in einer gemeinsamen („sozialen“) Konstruktion, die aus einem demokratischen Verhandlungsprozess divergierender Interessen und Auffassungen entstanden ist. Wichtig hierbei ist die Betonung der prozeduralen Elemente der Evaluation (Ulrich und Wenzel 2003).

Die Evaluation wird ein sozialer Prozess und ein Impetus für tiefgründige Reflexion. Greenwood und Levin (1998: 239) führen an, dass partizipative Evaluation darauf abzielt, einen lernenden Prozess für die Betroffenen des Programms aufzubauen. Die Ergebnisse des Prozesses sollen das Erreichen der Projektziele unterstützen. So gesehen liegt der Fokus der Evaluation bei der Auswirkung oder dem Prozess des Programms. Es handelt sich primär um eine *formative* Evaluation, die den Wert eines Programms beurteilt, während die Aktivitäten des Programms stattfinden. *Summative* Elemente, die den Wert eines Programms am Ende der Aktivitäten beurteilen, sind zweitrangig.

Mit diesen Ausführungen wird klar, dass partizipative Ansätze in der ontologischen Position des Sozialkonstruktivismus wurzeln, eine Position, die behauptet, dass soziale Strukturen und deren Bedeutung kontinuierlich von den sozialen AkteurInnen konstruiert wird (Bryman 2001). Aus diesem Grund ist der/die EvaluatorsIn eher ein Mitglied des Teams gemeinsam mit den InteressensvertreterInnen, als ein/e externe/r Experte/in. Patton sieht partizipative Evaluation als gemeinschaftliche Zusammenarbeit, die einen häufig kritisierten Aspekt von Evaluation vermeidet: „Eine negative Assoziation zur Evaluation ist häufig, dass die Betroffenen evaluiert werden, und sie die Evaluation nur passiv mitverfolgen können. Im Gegensatz dazu ist partizipative Evaluation ein Prozess, der von den Stakeholdern oder der Gemeinschaft kontrolliert wird. Die Evaluation wird als formaler und reflektierender Prozess gesehen, der der eigenen Entwicklung und dem eigenem Empowerment dienen soll“ (Patton 1990: 129). Im besten Fall wird eine Atmosphäre geschaffen, in der die beteiligten Personen über das Programm und die erreichten Ergebnisse lernen wollen und Verantwortung (*ownership*) bezüglich der Evaluation und des Programms übernehmen.

1.5 Evaluationsdesign und Forschungsmethodik

Der Zeitrahmen der Evaluation deckt sich mit der ersten Phase der LA21-Prozesse in den Bezirken 5, 7, 9, 15, 22 und 23 (2004 bis Frühjahr 2007). Die empirische Arbeit fand in drei aufeinander folgenden Phasen statt: (1) die Starterhebung, beinhaltete etwa 50 qualitative Interviews mit allen involvierten Personen in verschiedenen Ebenen und Funktionen und dauerte von Oktober 2004 bis Mai 2005. Die zweite Phase (2) umfasste sechs Fallstudien in den Bezirken und fand von Oktober 2005 bis Sommer 2006 statt. Bei der Abschlusserhebung (3) standen die Veränderungen und Entwicklungen seit der

Starterhebung im Zentrum der Forschung. Durchgeführt wurde sie zwischen Herbst 2006 und Frühjahr 2007. Start- und Abschlusserhebung wurden miteinander verglichen, um *lessons-learned* für die Weiterentwicklung des Wiener Modells zu erarbeiten.

Das Evaluations-Design basierte hauptsächlich auf qualitativen Methoden. Die wichtigste Informationsquelle in allen drei Erhebungsphasen waren offene Interviews mit AkteurInnen des LA21 Prozesses. Diese Vorgangsweise wurde bereits im Zuge der Vorbereitungsphase der Evaluation festgelegt. Die Interviews wurden zu Dokumentationszwecken auf Tonband aufgenommen und selektiv transkribiert. Für die Auswertung wurden Kurzfassungen der wichtigsten Aussagen erstellt und edv-unterstützt analysiert (Programm max-qda).

Zusätzlich zu den qualitativen Methoden wurden zwei standardisierte Telefonumfragen (n=500) durchgeführt. Die erste im Zuge der Starterhebung eine zweite gegen Ende der Evaluierung. Die erste standardisierte Telefonumfrage diente dazu, mehr über die öffentliche Wahrnehmung und das Wissen zur LA21 in Wien zu erfahren, verschiedene Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit einzuschätzen und zukünftige Potentiale der Öffentlichkeitsarbeit auszuloten. In der zweiten Telefonumfrage lag der Schwerpunkt der Befragung zum einen bei jenen Befragten, die angaben, die Lokale Agenda 21 in Wien zu kennen, ob ihre Kenntnis der LA21 über das bloße Kennen des Labels hinausgeht. Zum anderen wurde jene Gruppe genauer untersucht, die bislang noch nie etwas von der LA21 gehört hatte. Herauszufinden galt es, ob sich unter ihnen noch mögliche Interessenten für die LA21 befinden und wo sie anzutreffen wären.

Charakteristische Elemente der partizipativen Evaluation waren die zwei Evaluations-Workshops und Präsentationen in Resonanz- und Großgruppe. Der erste Evaluationsworkshop zielte darauf ab, gemeinsam das Ziel und die Forschungsfragen der Evaluation festzulegen. VertreterInnen des Beirats, die Geschäftsstelle, des LA21 Team Magistrat, der Agendabüros der sechs Bezirke und interessierte BürgerInnen nahmen aktiv an diesem Workshop teil. Die drei Hauptschwerpunkte der Evaluation und die darin enthaltenen Subfragen wurden in drei Arbeitsgruppen diskutiert und präzisiert. Anschließend erfolgte eine Bewertung der Wichtigkeit der verschiedenen Fragen.

Zur inhaltlichen Begleitung der Evaluation wurde eine sogenannte Resonanzgruppe eingerichtet, die aus acht Personen bestand. Es handelte sich um VertreterInnen der Geschäftsstelle, des Vereins, des Beirats und um VertreterInnen aus drei Agendabüros. In der Resonanzgruppe wurden konzeptionelle Fragen, Zwischenergebnisse sowie die *lessons-learned* der Evaluation diskutiert.

2 DIE STARTERHEBUNG

In Kapitel 2 werden die Ergebnisse der Starterhebung dargestellt. Diese beziehen sich – soweit dies möglich war – auf den gesamten Agendaprozess (Gesamtmodell, sechs Bezirke). Auf Unterschiede in den einzelnen Bezirken wurde nur in solchen Fällen genauer eingegangen, wo dies zur Beantwortung der Evaluationsfragen notwendig und sinnvoll erschien. Ein direkter Vergleich zwischen den Bezirken in Sinne eines Rankings sollte aus Sicht der Agendabüros so weit wie möglich vermieden werden. Auf Grund der zum Teil beträchtlichen Unterschiede zwischen den Bezirken, hinsichtlich ihrer Ausgangslage (Einwohnerzahl, Akademikeranteil, räumliche Bedingungen, Ausländeranteil etc.) wäre ein solcher Vergleich letztlich aber auch wenig aussagekräftig.

Bevor die Ergebnisse im Detail dargestellt werden, folgt ein kurzer Überblick über die im Zuge der Starterhebung durchgeführten empirischen Erhebungsschritte (Kapitel 2.1) und Präsentationen sowie eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse aus dem Startworkshop.

2.1 Arbeitsschritte im Rahmen der Starterhebung

Im Zuge der Starterhebung wurden vom Evaluationsteam folgende Arbeitsschritte und Präsentationen durchgeführt:

- Explorative Interviews mit VertreterInnen der Agendabüros in allen Bezirken, Gespräche mit insgesamt 18 Personen
- Evaluationsworkshop am 18. November 2004 mit 27 TeilnehmerInnen
- Dokumentenanalyse (Schwerpunkt: Jahresberichte der Trägerorganisationen aus dem Jahr 2004)
- Qualitative Interviews mit wesentlichen AkteurInnen des Agendaprozesses: Gespräche mit 18 Personen
- Interviews mit aktiven BürgerInnen: 28 Personen
- Standardisierte Telefonbefragung in den Agendabezirken: n= 509
- Präsentation und Diskussion erster Ergebnisse im Rahmen der Resonanzgruppe am 4. Mai 2005
- Präsentation der Ergebnisse im Rahmen der Großgruppe am 3. Juni 2005
- Präsentation ausgewählter Ergebnisse der Telefonbefragung im Rahmen des „Öffentlichkeitsarbeitskreises“ am 28. Juni 2005
- Resonanzgruppe am 21. 9. 2005: Diskussion zum Bericht der Starterhebung (Vorversion), Anregungen und Diskussionspunkte sind in den Endbericht eingearbeitet.

Teilnahme des Projektteams (bzw. einzelner MitarbeiterInnen) an folgenden Veranstaltungen:

- Fachtagung: "Lokale Agenda 21 in action", Wien am 7. Dezember 2004
- Nachhaltigkeitsgipfel, Linz am 28.-30. September 2004
- Agenda Mobilitätstreffen, Wien am 26. April 2005
- Diskussion der Jahresberichte mit dem LA21 Beirat, Wien am 27. April 2005

2.2 Evaluationsworkshop

Der Evaluationsworkshop im November 2004 diente zum einen der Vorstellung des Evaluationsteams, des Evaluationsansatzes sowie der geplanten Arbeitsschritte und der Evaluationsziele.

Es handelte sich zum anderen aber auch bereits um einen ersten Rückkoppelungsschritt, da die Ergebnisse der explorativen Interviews mit den TrägerInnen bzw. den Agendateams aus den Bezirken vorgestellt und diskutiert wurden.

Daran anschließend wurden in drei Kleingruppen die Subfragen der drei Evaluationsschwerpunkte (Fokuse) diskutiert, konkretisiert und fallweise auch ergänzt. Abschließend wurden sämtliche Fragen nach ihrer Wichtigkeit von allen Anwesenden (ausgenommen Evaluationsteam) bewertet.

Folgende Änderungen bzw. Ergänzungen an den Ausgangsfragestellungen wurden dabei vorgenommen (Details siehe Workshop-Protokoll, Anhang):

- **Fokus 1: Evaluierung des Beitrages der LA21 zur Nachhaltigen Entwicklung im Bezirk**
Die Evaluation soll auch nach Themen und Projekten fragen, die nicht zustande gekommen sind. Es soll nachgezeichnet werden, wer in den Agendagruppen Einfluss auf den Projektverlauf nimmt. Zudem soll erhoben werden, ob Lernprozesse, die durch die Agendaaktivitäten angeregt werden, auch in irgendeiner Form erfasst werden.
- **Fokus 2: Gezielte Förderung der Beteiligung der AkteurInnen im Bezirk**
Die Änderungen bei Fokus 2 betrafen folgende Punkte: Nicht nur die Förderung des Selbstorganisationspotenzials der AkteurInnen, sondern breiter gefasst, die Förderung und das Ausmaß der tatsächlichen Beteiligung am Prozess soll erhoben werden. Neben Maßnahmen sollen auch Methoden und deren Wirkung berücksichtigt werden. Schließlich sollen auch die förderlichen und hinderlichen „Haltungen“ von PolitikerInnen erhoben werden.
- **Fokus 3: Beschreibung und Analyse der Organisationsstrukturen**
Auch in Fokus 3 wurde der Begriff Selbstorganisationspotenzial durch den Begriff „Beteiligung“ erweitert. Die Fragen nach dem Wirken der verschiedenen Organisationseinheiten des Modells wurden ergänzt und vereinheitlicht (innerhalb und außerhalb des Prozesses). Ergänzt wurde der dritte Fokus noch durch die Frage: „Wird es eine Verlängerung der Finanzierung geben?“ (Anmerkung: Dazu kann die Evaluation zwar indirekt einen Beitrag leisten, beantwortet muss die Frage jedoch von anderer Seite werden)

Diese Änderungen wurden bei allen weiteren Erhebungen und Auswertungen so weit wie möglich berücksichtigt.

Neben der Auseinandersetzung mit den inhaltlichen Zielen der Evaluation wurde im Rahmen des Workshops auch noch ein Mal die generelle Frage nach dem Nutzen der Evaluation gestellt. Dies erfolgte auf der Grundlage jener Anforderungen, die bereits im Zuge der Vorbereitung erstellt wurden. Im Workshop wurden die vorhandenen Kriterien kurz vorgestellt, von den TeilnehmerInnen ergänzt und schließlich ebenfalls nach Wichtigkeit bewertet (Klebspunkte).

Dabei zeigte sich, dass die Evaluation des Agendaprozesses in erster Linie als **Reflexions- und Lerninstrument** gesehen wird. Die Evaluation soll Reflexionswissen für Träger, Bezirke und „die Stadt“ bereitstellen. Die Ergebnisse sollten direkt dem Prozess zu Gute kommen. Ebenfalls von nahezu allen beteiligten Akteuren wurde gefordert, dass die Evaluation die **Besonderheiten jedes einzelnen Bezirks** herausarbeiten und hervorstreichen sollte und dass ermöglicht werden soll, verstärkt von anderen Agendaprozessen zu lernen.

Gefragt wurde schließlich auch nach negativen Kriterien, also nach Aspekten, die möglichst zu vermeiden sind. Folgende Anforderungen wurden genannt:

- Die Evaluation sollte nicht „zu Tode“ evaluieren (also nicht zu bürokratisch sein, Arbeit in den Bezirken behindern oder verlangsamen, kein zu hoher Arbeitsaufwand für die Trägerorganisationen)
- Die Bezirksprozesse sollten nicht miteinander verglichen werden und in Konkurrenz kommen (kein Benchmarking, Kontext berücksichtigen, Diversität zulassen).
- Die Entscheidungsträger sollten rasch „Fakten“ in der Hand haben.
- Es sollten nicht zu dicke und unlesbare Berichte erstellt werden.
- Die Ergebnisse sollten nicht nur intern bleiben (öffentliche Präsentation).
- Die Evaluation sollte keine Standardisierung der Arbeit in den Bezirken erzwingen.

2.3 Ergebnisse der Starterhebung

Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der Starterhebung zusammengefasst. Im Anschluss daran werden auf dieser Grundlage Ansatzpunkte für die weitere Entwicklung des Wiener LA21-Modells diskutiert und Handlungsempfehlungen formuliert.

Die Darstellung der Ergebnisse orientiert sich strikt an den im Evaluationsauftrag festgelegten Fragen, und zwar in jener Form, wie sie nach dem Evaluationsworkshop überarbeitet und konkretisiert wurden.

2.3.1 Fokus 1

Fokus 1 bezieht sich auf den Beitrag der LA21 Prozesse zur nachhaltigen Entwicklung im Bezirk.

Wer nimmt am Prozess in welchen Phasen teil?

Aktiv an den rund 40 zum Zeit der Starterhebung laufenden Agendagruppen beteiligen sich zu einem Großteil Personen mit folgenden Merkmalen: Alter zwischen 25-40 Jahre, hohe formale Qualifikation, oft auch mit einschlägigem fachlichen Background, Fähigkeit zur selbstorganisierten Arbeit in Gruppen, generell engagementbereit, lokale Betroffenheit. Diese Merkmale beruhen auf Einschätzungen der befragten AkteurInnen, detaillierte sozio-demographische Aufzeichnungen werden von Agendabüros nicht geführt. Frauen und Männer beteiligen sich insgesamt gesehen in etwa gleich großem Ausmaß. Personen mit Migrationshintergrund sind eher selten anzutreffen. Jugendliche beteiligen sich entweder punktuell oder in Gruppen, die explizit ein Jugendthema aufgreifen. Internetanschluss und E-Mailnutzung sind wichtige Voraussetzungen für die dauerhafte Beteiligung an Agendagruppen (strukturelle „digital divide“).

Darüber hinaus werden – zumindest punktuell – auch andere Personengruppen erreicht. An Aktivitäten, die mit einer einmaligen oder zeitlich befristeten Beteiligung auskommen (z.B. ‚Frühstück am Gehsteig‘, Stadtpaziergänge), nehmen auch Menschen, auf die die oben beschriebenen Merkmale weniger zutreffen, teil.

Was liegt in der Handlungskompetenz der LA21?

Die Handlungskompetenz der Agendagruppen deckt sich laut Modell im Wesentlichen mit dem Kompetenzbereich des Bezirks. In der Agendapraxis wird der konkrete Handlungsbereich von den einzelnen Agendagruppen in Abstimmung mit den

Steuerungsgruppen bestimmt. Bei der Umsetzung von Agendavorschlägen sind letztlich die finanziellen Möglichkeiten der Bezirke und die Bereitschaft der Bezirksvertretungen zur Unterstützung von Vorhaben relevant. Indirekt werden die Handlungskompetenzen auch durch strukturelle Bedingungen beeinflusst. Die Ausrichtung auf die Einbeziehung unorganisierter BürgerInnen erschwert beispielsweise die Bearbeitung von Wirtschaftsthemen im Rahmen von Agendagruppen.

Welche Themen werden im Prozess realisiert und/oder mitgedacht (Umwelt, Soziales, Ökonomie)?

Beinahe zwei Drittel der zum Erhebungszeitpunkt aktiven Agendagruppen beschäftigten sich mit Fragen der Freiraum- und Verkehrsplanung (25 von 43). In fünf Gruppen wurden künstlerische, kulturelle oder historische Themen behandelt, vier Gruppen hatten thematisch einen starken Jugendbezug, in sechs Gruppen wurden die Migrations- und Diversityfragen thematisiert und drei Gruppen beschäftigten sich stark mit sozialen Netzwerken und dem Gemeinwesen. Wirtschaftsbezogene Themen im engeren Sinn wurden bis dahin nicht aufgegriffen oder konnten sich zumindest nicht dauerhaft etablieren.

Die inhaltliche Auseinandersetzung innerhalb der verschiedenen Agendagruppen mit dem Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung reichte (unabhängig vom gewählten Gruppenthema) von „sehr intensiv“ bis „gar nicht“. Diskutiert wurde Nachhaltigkeit aber in deutlich mehr als der Hälfte der Gruppen.

Nicht zustande gekommene oder abgebrochene Projekte

Folgende Projektthemen bzw. Projekttypen wurden entweder von den Initiatoren selbst abgebrochen oder wurden letztlich in der Steuerungsgruppe abgelehnt:

- Vorschläge mit Bürgerinitiativcharakter (Kriterium: mangelnde Kooperations- und Kompromissbereitschaft);
- bezirksübergreifende Themen (Problem: Kompetenzüberschreitung);
- Projekte, für die keine ausreichende finanzielle Unterstützung vorhanden war;
- Projekte, die aufgrund von Prioritätensetzungen nicht aufgegriffen werden;
- Projektthemen von einzelnen Personen (Problem: zu geringes Interesse bei anderen BürgerInnen);
- Projekte, die Partikular- bzw. betriebswirtschaftliche Interessen verfolgt hätten.

Themenauswahl und -entwicklung

Von Seiten der BürgerInnen wurde die gesamte inhaltliche Palette des Agendaprozesses thematisiert (siehe oben). Zum Teil wurden inhaltliche Vorschläge aber auch von den Agendabüros eingebracht. Diese versuchten allerdings weniger auf die Themen selbst als vielmehr auf die Art der Behandlung Einfluss auszuüben (v.a. in Sinn des LA21 Konzepts: Handelt es sich um die Aspekte der Nachhaltigen Entwicklung? Wie werden Gender Mainstreaming und Diversity thematisiert?). In einigen Fällen wurden auch von Seiten der Bezirkspolitik Themenwünsche artikuliert. Meist handelte es sich dabei um Planungsthemen, die bereits seit längerem, ohne zu konkreten Ergebnissen geführt zu haben, diskutiert wurden.

Wie kommt es zu Entscheidungen (bezogen auf Agendagruppen)?

Der Entscheidungsprozess von der ersten Idee bis zur Anerkennung als Agendagruppe kann idealtypisch in eine

- „Informations- und Aktivierungsphase“, eine
- „Betreuungsphase“ sowie eine
- „Entscheidungsphase“

unterteilt werden. In der „Informations- und Aktivierungsphase“ informieren die Agendabüros die Bevölkerung über die Zielsetzungen und die Möglichkeiten der LA21. Bereits in dieser Phase würden einige wenige Themen ausgeschlossen (z.B. Vorschläge mit ausländerfeindlicher oder rechtsradikaler Tendenz). Kommt es zur Bildung einer Projektgruppe, dann geht es vor allem um die Konkretisierung des Themas. Ziel dabei ist die Anerkennung als Agendagruppe. Die Agendabüros versuchen in dieser Phase die Beratungen in der Gruppe inhaltlich in Vorwegnahme des Entscheidungsprozesses in der Steuerungsgruppe zu lenken ohne gleichzeitig zu riskieren, dass die Projektgruppe noch vor der eigentlichen Anerkennung wieder zerfällt. Letztlich fällt die Entscheidung, ob eine Projektgruppe als „offizielle“ Agendagruppe anerkannt und damit weiter vom Agendabüro betreut wird, in der Steuerungsgruppe. Bislang wurden nur wenige Projektideen in den Steuerungsgruppen abgelehnt. Ein Umstand, der auch für die adäquate Betreuung der Projektgruppen durch die Agendabüros spricht.

Wer nimmt Einfluss auf den Projektverlauf?

Der Projektverlauf wird inhaltlich im Wesentlichen von den BürgerInnen der Kerngruppen, den BetreuerInnen der Agendabüros und der Bezirkspolitik bestimmt. Innerhalb der Agendagruppen haben Personen mit entsprechender fachlicher Qualifikation und hoher Bereitschaft, sich zu engagieren, höhere Chancen die Projektentwicklung zu beeinflussen. InitiatorInnen von Projekten kommt im Allgemeinen keine Sonderrolle zu. Die Agendabüros beeinflussen den Projektverlauf inhaltlich, durch das Aufzeigen von Leitlinien und Grenzen, aber auch prozessunterstützend und mediativ. Der Bezirkspolitik wird, vor allem aus Sicht der BürgerInnen, ein großer Einfluss auf die Entwicklung der Projekte zugesprochen.

Wie werden Lernprozesse bei BürgerInnen, PolitikerInnen und MagistratsbeamtInnen erfasst?

Lernprozesse, die durch den Agendaprozess bei den verschiedenen Akteursgruppen in Gang gesetzt werden, können nicht systematisch erfasst werden. Die subjektive Einschätzung der befragten AkteurInnen ergab folgendes Bild: BürgerInnen glauben, dass sie selbst fachlich von der Beteiligung am Agendaprozess profitieren und auch einiges über die Abläufe in der Verwaltung und Bezirkspolitik erfahren. Die bessere Einsicht in das Verwaltungshandeln begrüßen die BürgerInnen grundsätzlich, die Konsequenzen werden von ihnen aber nicht nur positiv beschrieben.

Ebenso wie die BürgerInnen selbst, sind auch die befragten PolitikerInnen der Meinung, dass die in der Agenda aktiven BürgerInnen viel über die Funktion der Bezirkspolitik lernen. VertreterInnen der Politik als auch der Verwaltung glauben, dass sich durch den Agendaprozess bei den PolitikerInnen bislang mehr verändert hat, als bei den BeamtInnen. Die Bezirkspolitik scheint inhaltlich aber auch persönlich näher am Agendaprozess zu sein als die Verwaltung, dementsprechend gewichtiger fällt die Selbsteinschätzung in Bezug auf Lernprozesse aus. Hervorgehoben wird insbesondere die Wahrnehmung einer neuen Gesprächskultur. BürgerInnen sind in diesem Punkt hingegen deutlich skeptischer. Die BürgerInnen orten auf Seiten der Bezirkspolitik noch Potenzial für Lern- und Veränderungsprozesse. Ein Teil der Befragten fordert z.B. mehr Bereitschaft sich auf einen fachlichen Dialog einzulassen.

2.3.2 Fokus 2

Bei Fokus 2 ging es um die Frage, wie und in welchem Ausmaß die Beteiligung der AkteurInnen am LA21 Prozess gefördert wird.

Beschreibung und Analyse des Prozessdesigns

Zentrale Elemente des Prozessdesigns, wie etwa der Aufbau einer Administrations- und Organisationsstruktur (Ausnahme 9. Bezirk), die Durchführung einer Bezirksanalyse, Aktivierungsmaßnahmen, die Begleitung und Umsetzung von Projekten oder Medienarbeit für die LA21, sind vertraglich vereinbart und wurden in allen Bezirken umgesetzt. Während die fachliche Zusammensetzung und die „Philosophie“ der Teams das prinzipielle Vorgehen (Prozessdesign) nur marginal beeinflusst, wirken sich beide Faktoren auf den Umgang mit dem Prozess und die gewählten Methoden aus:

- psychologisch geschulte Teams setzen auf offene Zugangsweisen und versuchen Zurückhaltung zu üben, etwa bei Moderationen;
- Teams mit einschlägiger inhaltlicher Expertise versuchen, diese auch in den Prozess einzuspeisen (v.a. Nachhaltigkeit, Genderkompetenzen);
- vorhandene Erfahrungen mit der Durchführung klassischer Bürgerbeteiligungsverfahren beeinflussen die „Philosophie“ und das praktische Vorgehen im Rahmen der Agenda;
- Teams, die auf die Strategie der „eigenständigen Regionalentwicklung“ aufbauen, setzen in der Agendaarbeit verstärkt auf Selbstorganisation, Orientierung an Stärken, Orientierung an zukünftigen Herausforderungen und ähnliches;
- RaumplanerInnen haben ein besonderes Sensorium für die spezifischen Qualitäten eines Bezirks und seiner historisch gewachsenen Ortskerne und bringen dies auch in den Agendaprozess ein.

Die disziplinäre Zusammensetzung der Agendabüros und deren Philosophie wirken sich in der Agenda-Praxis also nur geringfügig auf das Projektdesign aus. Deutlich ist hingegen die Wirkung auf die prinzipielle Herangehensweise der MitarbeiterInnen in den Agendabüros.

Welche Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit wurden gesetzt? Wie wirken sie?

Trotz zahlreicher Unterschiede im Detail verfolgen sämtliche Agendabüros eine breitgefächerte Öffentlichkeitsarbeit. Dabei zeigten sich eine Reihe von – ebenfalls vertragsbedingten – Gemeinsamkeiten: Jedes Agendabüro verfügt über eine eigene Homepage, jedes Team informiert die interessierte Öffentlichkeit über eigene Newsletter (per Post oder per E-Mail), jedes Agendabüro produziert schriftliches Material (Flyer, Folder etc.) und ebenfalls jedes Agendabüro versucht, Medienkontakte zu pflegen (lokale und überregionale Printmedien, Radio, fallweise TV). In allen Bezirken wird der Ansatz verfolgt, sowohl die breite Masse der Bevölkerung (beispielsweise über lokale Zeitungen) als auch bestimmte Zielgruppen (beispielsweise mit Radiosendungen) zu erreichen. Die Unterschiede zwischen den Teams liegen am ehesten bei bestimmten Schwerpunktsetzungen (regelmäßige Radiobeiträge versus Information „kleiner Netze“), bei der Häufigkeit, in der bestimmte Medien genutzt werden (Newsletter 2 oder 6 Mal pro Jahr) und dem Umfang der Zielgruppen, die erreicht werden sollen (500 bis zu 26.000 Adressen bzw. Auflage).

Im Durchschnitt kennen 8% der Wohnbevölkerung der sechs Agendabezirke die LA21 („ja, kenne ich“). Weitere 14% haben immerhin schon ein Mal davon gehört („ja, schon gehört“). Geht man aus, dass in den sechs Agendabezirken rund 400.000 Personen leben, kann näherungsweise geschätzt werden, dass bereits zwischen 30.000 bis maximal 90.000 BürgerInnen mit dem Begriff Lokale Agenda etwas „anfangen“ können. Soziografische Merkmale – wie Alter, Geschlecht oder Bildungsniveau – beeinflussen die Bekanntheit der

LA21 nur gering. Die Dauer der LA21-Prozesse hat hingegen einen ganz wesentlichen Einfluss auf die Bekanntheit: Im 9. Bezirk, wo es seit 1998 LA21 Aktivitäten gibt, kennen 18% der Bevölkerung die Agenda 21, weitere 23% haben zumindest schon einmal davon gehört. Die Bekanntheit in den anderen Bezirken liegt zwischen 5% und 10%. Ebenfalls von großer Bedeutung für die Öffentlichkeitsarbeit sind die absolute Größe und Dichte eines Bezirks. In dicht bebauten innerstädtischen Bezirken mit spezifischen wahrnehmbaren Problemlagen im öffentlichen Raum scheint es deutlich leichter zu sein, die Bevölkerung mit der Botschaft der LA21 zu erreichen. Wobei dies durch niedrige Ausländer- und hohe Akademikeranteile noch zusätzlich begünstigt wird.

Welche Maßnahmen und Methoden zur Erreichung und Beteiligung wurden gesetzt?

Die eingesetzten Maßnahmen und Methoden zur Aktivierung der Bevölkerung können im Wesentlichen in vier Bereiche eingeteilt werden:

- Aktionen im öffentlichen Raum,
- Feste und Veranstaltungen,
- Bildungsangebote und
- sonstiges.

Einen direkten Zusammenhang zwischen der Vielfalt bzw. dem Ausmaß an Aktivitäten und der Bereitschaft der Bevölkerung, sich längerfristig am Agendaprozess zu beteiligen, kann nicht hergestellt werden. So stehen einer Konzentration auf einige wenige Maßnahmen im 22. Bezirk zehn Agendagruppen gegenüber. Im 9. Bezirk, wo viele verschiedene Aktivitäten stattfanden, waren zum Erhebungszeitpunkt neun Agendagruppen aktiv. Eine geringe Anzahl an Gruppen findet man genau in jenen Bezirken, in denen auch die – im Rahmen der Telefonbefragung erhobene – geringste Engagementbereitschaft besteht. Sowohl im 15. Bezirk als auch im 23. Bezirk gab es jeweils fünf aktive Agendagruppen. In beiden Bezirken lag die Bereitschaft der Bevölkerung für ein Engagement bei rund einem Fünftel der Befragten und damit deutlich unter den Durchschnitt. (Zu bedenken ist dabei, dass der Prozess im 23. Bezirk erst seit 2004 läuft.)

Welche Begleitangebote und/oder Maßnahmen wurden gemacht und wie/warum/von welchen Gruppen wurden sie angenommen bzw. nicht angenommen? Welche fehlen?

Im Wesentlichen werden von den Agendabüros zwei Arten von Leistungsangeboten abgedeckt: Betreuung von BürgerInnengruppen und Vernetzungsarbeit. Zum Teil handelt es sich auch bei den Vernetzungsleistungen um eine direkte Unterstützung der Arbeitsgruppen, etwa wenn Kontakte zu BezirkspolitikerInnen oder zuständigen MagistratsbeamtlInnen vermittelt werden.

Von den Agendagruppen werden vor allem jene Leistungen in Anspruch genommen, die von den Agendabüros auch tatsächlich angeboten und anlassbezogen als nützlich für die eigene Arbeit eingestuft werden. Zwischen den Agendabüros und den Agendagruppen besteht eine Art „Marktsituation“: Leistungen, die nicht nachgefragt werden, werden auch rasch wieder aus dem „Angebot“ genommen. Nachgefragt werden insbesondere folgende Begleitangebote:

- Moderation der Agendagruppen
- Protokollierung der Treffen
- Unterstützung bei der Produktion von Materialien (Broschüren, Berichte)
- Hilfe bei der Vermittlung von Kontakten

- Organisation von Veranstaltungen
- Unterstützung bei Aktionen und Befragungen
- Nutzung der Büroräumlichkeiten für Gruppentreffen
- Bildungsangebote in Zusammenarbeit zwischen Agendabüro und VHS

Aus Sicht der BürgerInnen fehlen keine wesentlichen Angebote. Verbessern könnte man zum Teil die Qualität und Intensität der Betreuung. Werden Leistungen (z.B. Moderationen) reduziert, wird dies nur dann als negativ empfunden, wenn die Gruppe nicht imstande ist, selbst diese Aufgabe zu übernehmen. Gelingt der Schritt in Richtung Eigenständigkeit, wird dies durchwegs als positiv wahrgenommen. Die interviewten Gruppenmitglieder berichten im Zusammenhang mit der Betreuung sowohl über positive als auch negative Erfahrungen. Auf den Fortschritt bzw. die Arbeitsfähigkeit der Agendagruppen hatte dies allerdings nur einen geringen Einfluss.

„Haltungen“ der PolitikerInnen zum Thema Beteiligung im LA21-Prozess

Aus Sicht der Agendabüros und der befragten BürgerInnen ist es für den Erfolg der LA21 von großer Bedeutung, dass sich BezirkspolitikerInnen mit Interesse am Prozess beteiligen, sich laufend über die Ereignisse informieren, (Ergebnis-)Offenheit zulassen, Vertrauen in Bürgergruppen haben und der Überzeugung sind, dass partizipative Demokratie an sich wichtig ist. Ob und in welchem Ausmaß eine derart positive Haltung auf Seiten der Bezirkspolitik vorhanden ist, wird von den verschiedenen Akteurinnen der Agenda sehr unterschiedlich eingeschätzt. Die befragten BezirkspolitikerInnen sehen ihre persönliche Haltung ebenso wie die Haltung ihrer eigenen Partei als grundsätzlich förderlich für Bürgerbeteiligung an. Hingegen wird von einer Mehrheit der interviewten BürgerInnen die Haltung der verantwortlichen PolitikerInnen im Bezirk oft als wenig förderlich bis hin zu eindeutig hinderlich erlebt. Klar davon differenziert wird die Rolle der Stadtpolitik, die überwiegend als unterstützend empfunden wird. Nicht nur die Einschätzungen bezüglich der persönlichen Haltungen divergieren, offensichtlich liegen diesen Einschätzungen auch deutlich voneinander abweichende Erwartungen der Agenda gegenüber zu Grunde – insbesondere in Bezug auf die Handlungskompetenzen der einzelnen Gruppen (Politik versus Agendagruppen).

2.3.3 Fokus 3

Fokus 3 beschäftigte sich mit der Eignung der geschaffenen Elemente des LA21-Organisationsmodells zur Unterstützung Nachhaltiger Entwicklung und zur Stärkung der Beteiligung.

Eignung der Organisationsstrukturen innerhalb des LA21-Prozesses

Die Organisationsstruktur des Wiener LA21 Modells wird von sämtlichen Befragten als geeignet und sinnvoll betrachtet. Die Geschäftsstelle des Vereins, die Steuerungsgruppen und Agendabüros in den Bezirken sowie die Bürgergruppen werden als die zentralen Elemente des Modells wahrgenommen. Hingegen konnte von mehreren AkteurInnen nicht klar zwischen Verein und Vorstand sowie zwischen Geschäftsstelle und Beirat differenziert werden, d.h. sie wurden vielfach als jeweils ein Akteur wahrgenommen. Weitgehend unklar ist die Rolle des Team Magistrat – und zwar sowohl hinsichtlich der Selbst- als auch der Fremdeinschätzung durch andere AkteurInnengruppen des LA21 Modells.

Aus Sicht der befragten Personen sind LA21-intern kaum Parallelitäten vorhanden. Vereinheitlichen könnte man eventuell die unterschiedlichen Herangehensweisen bei der Entwicklung von grundlegenden Prozessregeln in den Bezirken („Geschäftsordnungen der

Steuerungsteams“) sowie das LA21-Marketing und die sehr dezentral gehandhabte Öffentlichkeitsarbeit in den Bezirken (jeder Bezirk hat ein eigenes Logo, betreibt eine eigene Homepage etc.).

Synergiepotenzial innerhalb des Modells wird bei der Zusammenführung von Agendagruppen, die zu ähnlichen Themen arbeiten, sowie hinsichtlich verstärktem fachlichen Austausch zwischen den Agendabüros gesehen. Für beide Bereiche wurden bereits neue Angebote entwickelt und von den betroffenen Akteuren auch in Anspruch genommen.

In Bezug auf die Kommunikation zwischen den Modellelementen (Akteursgruppen) wurden im Wesentlichen folgende Verbesserungsmöglichkeiten gesehen:

- Einige Agendabüros wünschen sich mehr Freiheit bei der inhaltlichen und methodischen Ausgestaltung der Agendaarbeit (weniger „Kontrolle“ durch Geschäftsstelle und Beirat, mehr Vertrauen).
- Die Geschäftsstelle würde hingegen in einigen Fällen (in Bezug auf die Arbeit der Agendabüros) in stärkerem Maß lenkend eingreifen.
- Aus Sicht der befragten BürgerInnen und einiger Agendabüros fehlen vor allem Schnittstellen zwischen Agendagruppen und der bestehenden formalen Gremien, um die inhaltliche Arbeit der Agendagruppen in stärkerem Maß mit der politischen Arbeit im Bezirk zu synchronisieren (beispielsweise könnte es sinnvoll sein, den inhaltlichen Austausch zwischen Agenda-Verkehrsgruppen und den formal zuständigen Verkehrskommissionen in den Bezirken zu intensivieren).
- Einige Akteursgruppen wünschen sich mehr Engagement, Interesse und Rückmeldungen von der Bezirkspolitik (dem/der BezirksvorsteherIn).

Die Kommunikation innerhalb des LA21 Prozesses ist gleichzeitig eine „Stärke“ und eine „Schwäche“. Mit dem Agendaprozess wurden sehr viele neue Kommunikationsorte geschaffen. Dieses Angebot wird auch von vielen AkteurInnen genutzt. Die Geschäftsstelle des Vereins und die Agendabüros bieten eine breite Vielfalt an Kommunikationsforen und Möglichkeiten zum gegenseitigen Austausch und stellen ihr Moderations-Kow-how zur Verfügung. Auch wurden mögliche Defizite erkannt und zu deren Beseitigung neue Angebote geschaffen. Ein Gutteil von der Dynamik des Prozesses scheint auf das große Bedürfnis vieler AkteurInnen nach (mehr) Kommunikation zurückzuführen zu sein. Bei beschränkten Ressourcen und einem klar definierten Auftrag führt diese Kommunikationsdynamik jedoch tendenziell zu einer Überforderung vieler Beteiligter.

Kooperation und Kommunikation zu Gremien außerhalb des Prozesses

Vernetzungsaktivitäten zu Gremien und Institutionen außerhalb des Agendaprozesses wurden vorrangig von der Geschäftsstelle sowie den Agendabüros und den Agendagruppen in den Bezirken gesetzt.

Bis auf den 23. Bezirk, wo sich der Agendaprozess zum Erhebungszeitpunkt noch im Aufbau befand, konnte jeder Bezirkprozess auf eine Reihe von externen Kontakten verweisen. Am häufigsten kooperieren die Agendabüros mit Sozialeinrichtungen im eigenen Bezirk. Wichtige Kooperationspartner sind auch Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Insgesamt betrachtet kann man eine große thematische Bandbreite feststellen. Über Intensität, Umfang und Dauerhaftigkeit dieser Kontakte konnten – auf Grund fehlender Daten – im vorliegenden Bericht keine Aussagen getroffen werden.

Bedingt durch den Querschnittscharakter des Themas Nachhaltigkeit fällt es den Agendaaktiven nicht schwer, weitere mögliche (LA21-externe) KooperationspartnerInnen zu benennen. Beschäftigt man sich thematisch mit Nachhaltigkeit, ist prinzipiell kein Thema oder Fachgebiet wirklich von vornherein ausgeschlossen. Jeder Lebens- und Handlungsbereich kann unter den Gesichtspunkten der Zukunftsbeständigkeit und

intergenerativen Gerechtigkeit gesehen werden. Jede Initiative, jede Art von Wirtschaftsbetrieb, jede politische Institution usw. könnte zu einem sinnvollen Partner im Agendaprozess werden.

Von Seiten des Beirats wurde angeregt, in Zukunft verstärkt z.B. kirchliche Einrichtungen oder lokale Vereine anzusprechen. Auf internationaler Ebene könnte der Austausch mit anderen LA21 Städten und die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Institutionen (etwa im Rahmen eines EU-geförderten Projekts, in dem auch die Stadt als Partner fungiert) intensiviert werden.

Beispiele für externe Synergieeffekte sind die Kooperationsprojekte im 7. (mit_mission 7, Schulvorplatz Projekt Gymnasium Kandlgasse) und 9. Bezirk (word up! Pilotprojekt SchülerInnenparlament, Vortragsreihe in Kooperation mit Südwind). Die Agendabüros betonten dazu, dass es bei Kooperationsprojekten sehr wichtig ist, die Art und den Umfang der Kooperation nach „außen“ zu kommunizieren. Die PartnerInnen der Kooperation sollten in annähernd gleicher Weise – vor allem in der medialen Darstellung und Wahrnehmung – von der Zusammenarbeit profitieren. Eine Vereinnahmung bereits bestehender Initiativen durch die Agenda sollte vermieden werden. Zum Teil werden Kooperationsprojekte auch kritisch hinterfragt. Sie wurden nur dann von allen Seiten positiv gesehen, wenn „Mitnahmeeffekte“ durch die Träger vermieden werden.

Ressourcenausstattung in Hinblick auf die Dauerhaftigkeit des Modells

Die Frage nach der für den LA21 Prozess vorhandenen Ressourcenausstattung wurde – je nach Akteursgruppe – recht unterschiedlich eingeschätzt (Ergebnisse beziehen sich auf die Mittel zur Durchführung der Bezirksaktivitäten).

- Die Sicht der Agendabüros kann folgendermaßen zusammengefasst werden: Mit den derzeit pro Jahr zur Verfügung stehenden Mitteln könnte man einen Agendaprozess auch auf Dauer betreuen. Zwei Bedingungen müssen dafür allerdings erfüllt sein: erstens müssen sich mit zunehmender Dauer des Prozesses Effizienzgewinne durch Erfahrungszuwachs auf Seiten der Träger einstellen und zweitens müsste der Dynamik, die aus dem Prozess entsteht, mit einer regelmäßigen „Nachjustierung“ der Aufgabenbereiche (Profil, Reduktion auf zentrale Zielsetzungen) Rechnung getragen werden.
- Unter den BürgerInnen herrscht die Ansicht vor, dass die Agendabüros im Rahmen der vorhandenen Ressourcen sehr gute Arbeit leisten. Tendenziell erscheinen die vorhandenen Mittel als zu gering.
- Bei den BezirksvertreterInnen gibt es unterschiedliche Einschätzungen in Bezug auf die budgetäre Ausstattung der Agendabüros. Einigen scheint das vorhandene Budget mehr als ausreichend zu sein. Einige sind der Meinung, dass die Ressourcenausstattung und die erbrachten Leistungen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Und es gibt eine Gruppe die der Meinung ist, dass die Finanzierung der Agendabüros für einen dauerhaften Betrieb der Agendaaufgaben nicht ausreichend ist.

Zusätzliche finanzielle Ressourcen – sofern vorhanden – würden von den Agendabüros vor allem für die Aktivierung bestimmter Zielgruppen, für mehr und gezieltere Öffentlichkeitsarbeit, intensivere Betreuung von Gruppen und zur Umsetzung von Projekten eingesetzt werden.

3 FALLSTUDIEN

Im Anschluss an die Starterhebung wurden sechs Agendagruppen im Detail untersucht. Die Ergebnisse für jeden Bezirk sind in einzelnen ausführlichen Fallstudienberichten dargestellt. In diesem Kapitel werden die wichtigsten Ergebnisse im Überblick zusammengefasst.

3.1 Vorgangsweise

Für die Fallanalyse wurde in jedem der sechs untersuchten LA21-Bezirke eine Projektgruppe als Fallstudie gewählt. Die Auswahl der Fallstudien wurde vom Agendabüro in Kooperation mit dem Steuerungsgremium des jeweiligen Agendabezirks bestimmt. Für die Auswahl der Projektgruppen wurden folgende Kriterien herangezogen:

- mindestens ein Jahr Projektdauer
- eine Art von Ergebnis muss schon erreicht sein
- erhöhte Interaktion zwischen BürgerInnen, Politik und Verwaltung
- in Summe sollten die sechs Fallstudien die verschiedenen Themenschwerpunkte der Lokalen Agenda 21 in Wien abdecken
- Projekte sollten „typisch“ für den LA21-Prozess im Bezirk sein

Ausgewählt wurden schließlich folgende Projektgruppen: Interreligiöser Dialog (5. Bezirk), Augustinplatz (7. Bezirk), Thurnstiege (9. Bezirk), Sechshauser Straße (15. Bezirk), JUNE - JUugend in Eßling (22. Bezirk) und Kunst in Liesing (23. Bezirk).

Der Hauptfokus der Fallstudien galt vor allem dem Wert der Lokalen Agenda 21 im Bezirk, den Leistungen, spezifischen Stärken und möglichen positiven Wirkungen. Zusätzlich wurde im Rahmen der Fallstudien versucht, die Zusammensetzung der Gruppen, den Stand der Arbeit, Zusammenarbeit der involvierten Gremien, negative Erfahrungen und Verbesserungsmöglichkeiten herauszuarbeiten.

Die Ergebnisse der Fallstudien basieren auf der Analyse von schriftlichen Dokumenten (v.a. Jahresberichte der Projektträger, Protokolle der Gruppentreffen, Webpages etc.) sowie auf den Ergebnissen von jeweils fünf qualitativen Interviews mit VertreterInnen verschiedener, in das Projekt involvierter Gremien der Lokalen Agenda 21 bzw. Akteursfelder. Befragt wurden aktive BürgerInnen (in der Regel GruppensprecherInnen), Mitglieder der Steuerungsgruppen, VertreterInnen der Agendabüros, beteiligter Magistratsstellen und der Geschäftsstelle der LA21 Wien.

Zusätzlich wurden an alle Projektgruppenmitglieder in den sechs Bezirken standardisierte Fragebögen per e-Mail verteilt. Auf Grund der geringen Rücklaufquote wurden fehlende Fragebögen telefonisch ergänzt. Im Durchschnitt konnte mit dieser Vorgangsweise die jeweilige Kerngruppe zur Gänze erfasst werden.

3.2 Ergebnisse aus den Fallstudien

Die Agendagruppe ist das zentrale Element der Wiener LA21. In der Praxis haben sich die Agendagruppen als zentrale Beteiligungsform etabliert. Nicht zuletzt wird auch der Erfolg der LA21 insgesamt am Zustandekommen und an der Wirkung der Agendagruppen gemessen. Aus diesem Grund scheint es durchaus angebracht, im vorliegenden Fall von einer „**Projektgruppenagenda**“ zu sprechen.

Trotz aller Unterschiede im Detail zeigt der Vergleich der sechs Fallstudien einige auffällige Gemeinsamkeiten. Agendagruppen bilden sich um eine langfristig relativ stabile Kerngruppe, die in der Regel zwischen drei bis sieben besonders aktive Personen (Kerngruppe) umfasst. Die insgesamt deutlich größeren Gruppen sind soziodemografisch gesehen weitgehend

homogen zusammengesetzt und zeichnen sich zudem durch einen hohen Grad an (Selbst-) Organisationsfähigkeit aus. Die „thematische Initiative“ der untersuchten Fälle ging durchwegs von den BürgerInnengruppen aus.

Die in der LA21 engagierten BürgerInnen leisten mit ihrer Teilnahme an den Arbeitsgruppen **frei-gemeinnützige Arbeit** in beachtlichem Ausmaß. Das Engagement ist freiwillig, die Arbeitszeit verursacht keine monetären Kosten. Und das Engagement ist, wie bereits an anderer Stelle dargelegt wurde, grundsätzlich auf das Gemeinwohl im Bezirk ausgerichtet. In Zahlen gemessen bedeutet das etwa folgendes: Pro Agendagruppe wurden (bis zum Erhebungszeitpunkt, Mitte 2006) zwischen 370 und 840 Stunden pro Gruppe geleistet. In Summe ergibt das für alle sechs Fallstudiengruppen ca. 3000 Arbeitsstunden. Unter Arbeitsstunden verstehen wir im Wesentlichen Gruppen- und Agendatreffen sowie die Teilnahmen an Aktionen oder öffentlichen LA21 Veranstaltungen. „Hochgerechnet“ auf alle bisherigen Agendagruppen in Wien (Stand Nov. 2006: 70 Gruppen) wurden Wienweit bislang rund 36.000 Stunden frei-gemeinnützige Arbeit geleistet (Basis: Mittelwert der sechs Fallstudien). Zum Vergleich: Müsste die gesamte, in den Agendagruppen geleistete Arbeit von nur einer einzelnen Person erbracht werden, dann wären rechnerisch dazu etwa 21 Berufsjahre notwendig.

Durch die in der Regel langfristige Zusammenarbeit in den Agendagruppen kommt es zum **Aufbau von neuem Sozialkapital**. In Anlehnung an Coleman und Putnam verstehen wir unter Sozialkapital eine gesellschaftliche Ressource, die sich aus gemeinsamen Werten, gegenseitigem Vertrauen und sozialen Netzwerken zusammensetzt. Für die untersuchten Beispiele kann festgestellt werden, dass durch das Engagement im Rahmen der Agenda 21 neues Sozialkapital von sehr hoher Qualität aufgebaut wurde. Von neuem Sozialkapital können wir deshalb sprechen, weil sich die GruppenteilnehmerInnen in der Regel vor der Gruppenbildung noch nicht persönlich kannten. Die Einschätzung bezüglich der Qualität des Sozialkapitals resultiert aus der Tatsache, dass die Kerngruppen über durchschnittlich drei Jahre regelmäßig an einem selbstbestimmten Projekt gearbeitet haben, das Vertrauen der Gruppenmitglieder untereinander als sehr hoch bezeichnet werden kann und es in allen Fällen über die Gruppenbildung hinaus zu einer Einbindung der Agendagruppen in weitere Netzwerke durch die Agendabüros und die LA21 Geschäftsstelle (z.B. Plattform) gekommen ist.

An Hand einiger Fallbeispiele kann man auch zeigen, dass die LA21 ein **Rahmen für einen neuen Umgang mit Konflikten und Vorurteilen** sein kann. Auf der Ebene der Agendagruppen sind es Beispiele mit direktem Bezug zu Dialog und Verständigung, wie die Gruppe „Interreligiöser Dialog“ oder das Jugendprojekt „JUNE - JUgend iN Eßling“. Die neue Qualität bestand in beiden Fällen vor allem darin, dass nicht bestehende Konflikte zum Anlass genommen wurden, sondern gewissermaßen pro-aktive Strategien gewählt wurden. Ausgangspunkt für beide Projekte war der Wunsch, Möglichkeiten für einen gegenseitigen Austausch sehr unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen (Jugendliche-Erwachsene bzw. verschiedene religiöse Gruppen) zu schaffen. Auf der Ebene der Bezirke konnten vergleichbare Ansätze beobachtet werden. Dort sind es in erster Linie die Agendabüros, die zwischen unterschiedlichen Interessengruppen vermitteln.

Eine **inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung** fand in allen sechs untersuchten Agendagruppen statt (siehe dazu auch Kapitel 2.3.1). Während in Gruppen, die sich auf soziale Fragestellungen konzentrierten, Nachhaltigkeit ganz auf die jeweilige Problemstellung fokussiert wurde, konnte bei Planungsgruppen (v.a. Augustinplatz und Sechshauser Straße) eine intensive und inhaltlich breite Thematisierung des Leitbildes festgestellt werden. Konkret bedeutet das im zweiten Fall zum Beispiel, dass Vorschläge zur Umgestaltung (etwa zur Lärmreduktion) explizit mit Verweisen auf Nachhaltigkeitsdokumente untermauert wurden. Etwas anders verhält es sich mit der Wirkung der Gruppenaktivitäten: Ob Planungsvorhaben zu mehr Nachhaltigkeit führen, kann nicht allein von den Gruppen bestimmt werden, sondern zeigt sich erst, nachdem ein Projekt realisiert und genutzt wird (wie im Fall der Thurnstiege). Ob also die Effekte tatsächlich

Nachhaltigkeitsziele unterstützen, hängt von der Realisierung und diese wiederum von vielen anderen Akteuren der Stadt ab. Jene Gruppen hingegen, die soziale Themen aufgriffen, konnten wesentlich rascher wahrnehmbare, nachhaltige Veränderungen herbeiführen. Und zwar hauptsächlich deshalb, weil die Ziel und Effekte weitgehend im Handlungsspielraum der Gruppen liegen.

Die Erfahrungen aus den untersuchten Agendagruppen zeigen schließlich auch, dass die möglichen Diskussions- und Entscheidungsprozesse in Kombination mit ihrer institutionellen Einbindung in den politischen Prozess auf Bezirksebene ein wertvoller Beitrag zur **Praxis in partizipativer Demokratie** sind. Die Leistungsvorteile von Gruppen zur Problemlösung werden ganz gezielt eingesetzt, d.h. Gruppen beraten, diskutieren, suchen nach Lösungen, arbeiten arbeitsteilig (TeilnehmerInnen bringen unterschiedliche Stärken ein) und sind kreativ. Zum Teil fungieren Agendagruppen aber auch als „Vermittler“ zwischen „Politik“ und „Bevölkerung“ (Beispiel Thurnstiege) und leisten damit einen Beitrag zum Umgang mit „schwierigen“, politisch „festgefahrenen“ Themen.

Abschließend soll noch kurz auf einige **wichtige Erfolgsfaktoren** für das Gelingen von Agendagruppen eingegangen werden. Möglichst optimal im Sinne der oben beschriebenen Potenziale verläuft die Arbeit in Agendagruppen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind.

- **Externe Unterstützung der Agendagruppen:** Ohne organisatorische und inhaltliche Unterstützung durch die Agendabüros sind langfristig agierende Gruppen nicht denkbar. Aus Sicht der Gruppen leisten die Büros, und zwar in allen Bezirken, in diesem Punkt gute Arbeit. Die Gruppen erhalten flexible, auf ihre jeweiligen Bedürfnisse angepasste, Unterstützung.
- **Rollen, Schnittstellen und Umgang mit Ergebnissen frühzeitig abklären:** Vor allem für das Verhältnis zwischen der „Bezirkspolitik“ und den „Bürgergruppen“ muss diese Abstimmungsleistung erbracht werden.
- **Realistische Ziele und Aufgaben setzen:** Diese Forderung bezieht sich auf die Arbeit in den Gruppen, die einerseits von den Umsetzungsmöglichkeiten im Bezirk als auch von den Gruppenkapazitäten her gedacht, beschränkt werden muss. Damit werden (kleinere) Erfolge erleichtert und diese wiederum erhöhen die Motivation bei den Gruppenmitgliedern. Im Wesentlichen ist dies Aufgabe der inhaltlichen Betreuung durch die Agendabüros.
- **Entwicklungsdynamik erhalten:** Auch dieser Punkt bezieht sich auf die Betreuung der Gruppen. Eine wichtige Strategie dazu ist die Planung kleinerer, relativ rasch erreichbarer Ziele. Von Bedeutung ist aber auch die bereits erwähnte Flexibilität in der Betreuung: Gruppen, die sich in Phasen abnehmender Dynamik befinden, können aktiv von den Agendabüros unterstützt und motiviert werden.
- **Nachhaltigkeits-“Mainstreaming“:** Positiv auf die Prozesse in den Agendagruppen wirkt sich die aktive Auseinandersetzung mit dem Leitbild der Nachhaltigkeit in anderen Gremien (Verwaltung, Politik auf Landes- und Bezirksebene, Projektpartner etc.) aus. Leitbilder haben vor allem Orientierungsfunktion. Orientieren sich unterschiedliche AkteurInnen an einem gemeinsamen Leitbild (zumindest auf hohem Abstraktionsniveau), dann erhöht sich auch die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einer Synchronisation auf der Handlungsebene kommt.

4 ABSCHLUSSERHEBUNG

Die Abschlusserhebung, die in ihrer ursprünglichen Konzeption jener der Starterhebung sehr ähnlich war, wurde in Absprache mit dem Auftraggeber im Jänner 2007 etwas abgeändert. Die Ziele der Evaluation hatten sich im Laufe des Prozesses weiter entwickelt. Die Veränderungen und Entwicklungen seit der Starterhebung waren nun stärker in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Ausgehend von den im Evaluierungsauftrag festgelegten Forschungsfragen sollten die Veränderungen bei den in der Starterhebung diskutierten Schwerpunkten (Foki) in Form von „Lessons Learned“ näher beleuchtet werden. Die Abschlusserhebung wurde daher gemeinsam mit dem Auftraggeber entsprechend modifiziert.

4.1 Arbeitsschritte im Rahmen der Abschlusserhebung

Im Zuge der Abschlusserhebung wurden vom Evaluationsteam folgende Arbeitsschritte durchgeführt:

- Telefonumfrage (n=500)
- 5 Fokusgruppendifkussionen (mit BürgerInnen, Agendabüros, Verwaltung, BezirkspolitikerInnen und PolitikerInnen aus den Steuerungsteams), die im Zeitraum von Februar bis Ende März 2007 durchgeführt wurden (insgesamt 27 TeilnehmerInnen)
- Resonanzgruppen-Workshop am 28. März 2007 (5 Personen)

4.2 Ergebnisse der Abschlusserhebung

4.2.1 Zusammenfassung der Ergebnisse der Telefonumfrage

Ebenso wie im Rahmen der Starterhebung, wurde auch während der Abschlussphase eine telefonische Befragung unter insgesamt 500 BewohnerInnen der Wiener Bezirke Margareten, Neubau, Alsergrund, Rudolfsheim-Fünfhaus, Liesing und Donaustadt durchgeführt. Während die Telefonumfrage am Beginn der Evaluierung vor allem zum Ziel hatte, die Bekanntheit der Agenda zu erheben und zu analysieren, standen im Rahmen der Abschlusserhebung zwei neue Aspekte im Vordergrund:

- Zum einen sollte bei jenen Befragten, die angaben, die Lokale Agenda 21 in Wien zu kennen, untersucht werden, ob ihre Kenntnis der LA21 auch etwas in die Tiefe und so über das bloße Kennen des Labels hinausgeht.
- Zum anderen sollte jene Gruppe unter den Befragten genauer analysiert werden, die bislang noch nie etwas von der LA21 gehört hat. Herauszufinden galt es, ob sich unter ihnen noch mögliche Interessenten für die LA21 befinden und wo und mit welchen Themen sie ansprechbar wären.

Im Vergleich zur Befragung während der Starterhebung zeigten sich bei der zweiten telefonischen Befragung folgende Ergebnisse:

Die Bekanntheit der Lokalen Agenda 21 ist bei jenen, die angaben die Agenda zu kennen, um 3 Prozentpunkte gestiegen: von 8% im März 2005 auf 11% im Februar 2007. Gestiegen ist sie bei Männern und Frauen gleichermaßen. 2007 ist die Agenda tendenziell eher den Männern ab 45 Jahren bekannt und eher den Personen mit Matura und höherer Ausbildung. Ihre Bekanntheit erhöht sich mit steigendem Alter der Befragten und mit der Dauer des Agendaprozesses: so ist die Bekanntheit der Agenda im 9. Bezirk seit 2005 weiter gestiegen (von 18% „ja, kenne ich“ auf 26% „ja, kenne ich“ 2007).

Während die Agenda 2005 eher den weniger gebildeten BürgerInnen bekannt war, zeigte sich bei der vorliegenden Umfrage, dass sie nunmehr eher unter den besser gebildeten BürgerInnen bekannt ist. Innerhalb dieser Gruppe hat sich die Bekanntheit der Agenda sogar um 10% gesteigert. Ein weiteres interessantes Ergebnis in diesem Zusammenhang ist, dass sich im Vergleich zum Jahre 2005 die Bekanntheit der Agenda deutlich stärker durch Informationsbroschüren der Agenda erhöht hat: Haben 2005 nur 6% jener, die die Agenda kannten, auf diesem Wege von der Agenda erfahren, waren es 2007 schon 20%. Diese Zunahme der Bekanntheit der Agenda über Informationsbroschüren steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der gestiegenen Bekanntheit unter den besser Gebildeten: diese Art der Informationsaufbereitung wird eher von besser Gebildeten genutzt. Zugleich hat die Bedeutung der Bezirkszeitungen beim Informieren über die Agenda seit 2005 deutlich abgenommen: „nur“ 32% (im Vergleich zu 43% 2005) haben auf diesem Wege über die Agenda erfahren.

Am bekanntesten ist die Agenda 21 jeweils im eigenen Bezirk. Am stärksten über die Bezirksgrenzen hinaus ist die Agenda des 9. Bezirks bekannt. Immerhin 18 Personen (das sind rund 4% der Gesamtstichprobe) konnten eine konkrete Agendagruppe namentlich nennen, wobei die meisten Nennungen Agendagruppen aus dem Bereich der Verkehrs- bzw. Straßen- und Platzgestaltung betrafen. Sieben der 18 Personen sind oder waren selber in einer Agendagruppe aktiv. (Ein bemerkenswertes Ergebnis, wenn man bedenkt, dass die Befragten rein zufällig ausgewählt wurden.)

Jene, die die Agenda nicht kennen, sind typischerweise unter Männern bis 44 Jahren und jüngeren Frauen (bis 29 Jahre) zu finden, unter jenen, die sich noch in Ausbildung befinden und keinen höheren Bildungsabschluss haben. Sie zeichnen sich durch ein geringes Interesse an Bezirkspolitik (45% haben wenig und 26% gar kein Interesse) und durch eine geringere Einbindung in politische Organisationen aus: Nur 6% sind in einem Verein aktiv, während es bei jenen, die die Agenda kennen, 14% sind. Am ehesten würde sich diese Gruppe für Menschenrechte (60%), Frieden (59%) und Umweltschutz (58%) engagieren – also für Themen, die bereits durch große, international agierende NGOs abgedeckt werden. Deutlich weniger Engagement wären sie bereit für die Integration von MigrantInnen (43%), für Kunst und Kultur oder für Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung (je 39%) aufzubringen – Themen, in denen die Lokale Agenda 21 bereits sehr aktiv ist. Politisches Engagement ist also eher für „globale“ Ziele, die nichts mit der Veränderung des unmittelbaren Lebensraumes zu tun haben, denkbar.

Hinsichtlich ihres Freizeitverhaltens zeigt sich bei jenen, die der Agenda bislang fern sind, folgendes Bild: die jungen Frauen trifft man beim Shopping (24% gehen oft zum „Shopping“). Das Interesse daran sinkt mit steigendem Alter. Etwas mehr als ein Drittel der jungen Menschen (Gruppe bis 29 Jahre) geht abends oft in Lokale, die bis 44-jährigen Männer und Frauen eher zum Abendessen in Restaurants (15% tun dies oft). Ein Drittel der Männer und in etwa ein Viertel der Frauen bis 44 Jahre betreiben in ihrer Freizeit oft Sport.

Aufgrund dieser Ergebnisse liegen folgende Schlussfolgerungen nahe, um die Agenda 21 einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Die Agenda sollte ihre Zusammenarbeit mit Schulen verstärken, um jene zu erreichen, die noch in Ausbildung sind, vor allem auch die jüngeren Frauen. Weiters empfiehlt sich eine Zusammenarbeit mit Vereinen, denn auch von jenen, die die Agenda noch nicht kennen, sind immerhin 6% in Vereinen aktiv. Um speziell die jungen Frauen erreichen zu können, bieten sich Informationsaktionen auf Einkaufsstraßen oder in Einkaufszentren an. Dabei sollte allerdings darauf geachtet werden, dass die Informationsweitergabe nicht ausschließlich über Informationsbroschüren erfolgt, da auf diesem Weg wieder hauptsächlich die höher Gebildeten erreicht werden, sondern verstärkt über das persönliche Gespräch. Darüber hinaus würden sich gemeinsame Projekte mit Lokalbetreibern anbieten, um junge Menschen über die Agenda zu informieren.

4.2.2 Ergebnisse aus den Fokusgruppendifkussionen

In den Fokusgruppendifkussionen mit den verschiedenen am Agendaprozess beteiligten Gruppen wurden entlang eines Leitfadens (siehe Anhang) die beiden Themenschwerpunkte „Veränderung der Agendaarbeit in den vergangenen Jahren“ und „Lessons Learned“ diskutiert. Die folgenden Ausführungen liefern nun einen Überblick über die wichtigsten Erkenntnisse aus den Gruppendifkussionen.

1. Klärung von Rollen und Kompetenzen sowie Offenheit im Bezug auf Rahmenbedingungen

Die **Klärung der Rollen** in der Projektabwicklung ist eine wichtige Voraussetzung für eine reibungslose, effiziente und erfolgreiche Umsetzung von Projekten. Rückblickend, auf Basis der Erfahrungen aus der Projektentwicklung und -umsetzung zeigt sich, dass teilweise die Rollen und Handlungsmöglichkeiten der involvierten AkteurlInnen nicht klar waren. Daher wird seitens der Agendabüros gefordert, von Anfang an klarzulegen, welche Kompetenzen die Politik tatsächlich auf die Agenda zu übertragen bereit ist und zudem eine Einigung zu erzielen, wo die Grenzen der Agenda sind.

Die BürgerInnen äußerten darüber hinaus den Wunsch, dass auch die Politik **klare Spielregeln für den Umgang mit der Agenda** erhält. Das deutet darauf hin, dass immer wieder von Seiten der Agenda klar gemacht werden muss, was in der Agenda bearbeitet werden kann und was nicht, und darüber hinaus, in welcher Form gearbeitet werden kann. Die Schwierigkeit, die dabei zu meistern ist, besteht darin, eine Balance zwischen Umsetzung und Dialog zu finden. Nach Meinung der BürgerInnen ist eine wesentliche Spielregel für die Politik, dass die Agenda überparteilich sei und nicht als Feigenblatt missbraucht werden dürfe.

Um Frustrationen zu vermeiden, sollten den betroffenen Agendagruppen von Anfang an **klare Rahmenbedingungen** für die Planung von Projekten (sowohl finanzieller als auch rechtlicher Natur), mögliche Hindernisse für Agendaprojekte oder gegenläufige Interessen der Stadtverwaltung (Kollision der Agendapläne mit einem städtischen „Masterplan“) kommuniziert werden. Auch sachliche Klarheit und die Information über erschöpfte finanzielle Mittel sollten den möglicher Weise betroffenen Agendagruppen nicht vorenthalten werden.

Der Verwaltung zufolge müsse bereits zu Beginn, wenn im Steuerungsteam die Entscheidung fällt, ob aus einer Ideengruppe eine Agendagruppe wird, über die Realisierungschancen der Projektidee eine möglichst realistische Einschätzung abgegeben werden. Manche Projekte seien für eine Agendagruppe zu „groß“, weil viele weitere Stellen (Bezirkspolitik, Magistrate,..) zu involvieren wären und sie daher nur schwer realisierbar sind.

Dies bedeutet für die beteiligten PolitikerInnen, nicht von vornherein eine bestimmte Art der Umsetzung von Ideen zu versprechen. So merkte etwa ein Bezirkspolitiker an, dass „BürgerInnen ein ehrliches, argumentiertes ‚Nein‘ eher verstehen als ewige Hinhaltetaktik.“ Auch von Seiten der BürgerInnen und der Verwaltung wurde eingefordert, die „Karten von Anfang an auf den Tisch zu legen“. In diesem Zusammenhang merken die BürgerInnen an, dass sie positive Veränderungen hinsichtlich der frühzeitigeren und offeneren Kommunikation von Realisierungschancen wahrnehmen. Auch ist die Positionierung der einzelnen Akteure nun schon klarer geworden.

Zudem sei es für den Erfolg einer Agendagruppe wichtig, ob sie für ihr Vorhaben bei der Bezirkspolitik auf Interesse und damit auch auf Unterstützung stößt. Die Bezirkspolitik sollte von vornherein ganz klar sagen, ob sie vorhat, eine Projektidee zu fördern oder nicht. Diese nötige **Offenheit und Ehrlichkeit** (bereits im Rahmen des Steuerungsteams) ist aus Sicht der Verwaltung eine unabdingbare Notwendigkeit für den Erfolg einer Projektgruppe, stellt sie doch eine Art „Rückenstärkung“ für das Vorhaben dar. Auch für die Agendabüros steht und fällt der Erfolg eines Agendaprojektes im Bezirk mit der Unterstützung des/der Bezirksvorstehers/in und seiner/ihrer Partei.

Nicht nur die Unterstützung von Seiten der Politik führt bei den aktivierten BürgerInnen zu einer positiven Erfahrung im Agendaprozess, sondern auch, wenn sie durch „kleinere“ Umsetzungsschritte, die auch finanziell unterstützt werden, zu schnelleren Erfolgserlebnissen kommen. Um solche raschen Erfolge zu ermöglichen, wäre in Zukunft etwa an folgende Veränderungen zu denken:

- **Kompetenzen/Handlungsmöglichkeiten für beteiligte BürgerInnen erhöhen**
Um „kleinere“ Umsetzungsschritte innerhalb eines Projekts, denen es an einer raschen Finanzierungsmöglichkeit mangelt, leichter realisieren zu können, sollte aus Sicht der der Verwaltung den Agendagruppen ein gewisser Anteil an einem „Umsetzungsbudget“ zur Verfügung gestellt werden. Dieses Geld könnte zentral von der Geschäftsstelle der Agenda Wien verwaltet werden.
- **Systemlogiken früher kennen lernen**
Der positiven Erfahrung der BürgerInnen wäre es darüber hinaus dienlich, wenn sie bereits zu Beginn Informationen über die „Funktionsweise“ von Magistraten erhielten. Viel Frustpotential bei den aktiven BürgerInnen liege in dem Unwissen über unterschiedliche Entscheidungsgeschwindigkeiten und -abläufen bei an der Projektumsetzung beteiligten Magistraten oder der Politik (vor allem bei Planungsprojekten). Auch eine Schulung der beteiligten AkteurInnen könnte angedacht werden. Die bisher gewonnenen Erfahrungen und das Wissen, das nun zur Verfügung steht, sollte an andere und auch nachfolgende Agendagruppen weitergegeben werden.

2. PolitikerInnen vor Start des Prozesses die Funktionsweise der LA21 nahe bringen

Nach Meinung mehrerer DiskutantInnen aus unterschiedlichen Gruppen scheint ein Großteil der PolitikerInnen nicht ausreichend auf einen LA 21 Prozess vorbereitet zu sein. Daher scheint auch teilweise der Eindruck entstanden zu sein, dass einzelne VertreterInnen der Politik nicht wirklich hinter der Umsetzung der LA21 stehen.

Als Verbesserungsvorschlag wurde die Entwicklung eines Work shops speziell für PolitikerInnen zu inhaltlichen und strukturellen Belangen der LA21 vorgeschlagen, um die Funktionsweise und den möglichen Nutzen einer LA21 zu vermitteln. Dieses Angebot sollte sinnvoller Weise zentral, etwa von Verein LA21 in Wien, bereitgestellt werden.

Von den PolitikerInnen selbst wurde darauf hingewiesen, dass auf Seiten der Politik eine Holschuld gegenüber der Agenda bestünde: So sollten sie sich über Konzept und Funktionsweise der LA21 schon vor Start eines initiierten Agendaprozesses informieren.

Um die Zusammenarbeit zwischen Politik und Agenda weiter optimieren zu können, sollten in Zukunft mögliche Veränderungen, die durch die Agenda bei anderen AkteurInnen eintreten, noch genauer beobachtet werden.

3. Frühzeitigere Einbindung von ExpertInnen

Durch die Arbeit im bisherigen Agendaprozess wurde bei den beteiligten BürgerInnen viel Erfahrungswissen generiert, eine Art von „Bürger-ExpertInnen“ geschaffen. Dieses Wissen sollte im Agendaprozess auch für nachfolgende Agendagruppen erhalten bleiben und verfügbar gemacht werden. Gerade bei der Durchführung von Planungsprojekten könnte ein derartiger Wissenstransfer unnötige Enttäuschungen und Frustrationen verhindern. Ein so genannter „ExpertInnen-Pool“ – bestehend aus erfahrenen BürgerInnen – könnte für nötige Anfragen zur Verfügung stehen.

In der Gesprächsgruppe der BezirkspolitikerInnen wurden das Einrichten zusätzlicher Feedbackschleifen (eine möglichst frühe Information der Bezirksbevölkerung über die Agendaprojekte, vor allem bei Planungsprojekten) und zusätzliche Treffen mit den BürgerInnen außerhalb der Steuerungsgruppe vorgeschlagen. So sollen fachliche ExpertInnen aus Politik und

Verwaltung während der Abwicklung eines Agendaprojektes für Auskünfte über rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen häufiger ansprechbar sein.

4. Kommunikationskultur mit mehr Vertrauen, Respekt und Offenheit

Ein sich ebenfalls in allen Gruppengesprächen wieder findendes Thema ist die Notwendigkeit der Entwicklung einer anderen (im Sinne von: bisher in dieser Form nicht vorhandenen) Kommunikationskultur. Die sich langsam entwickelnde Kommunikationskultur baut auf wechselseitigem Respekt, Verständnis und Offenheit im Bezug auf das Ablaufen der Entscheidungsprozesse und wechselseitige Wertschätzung für die – gerade von BürgerInnen in ihrer Freizeit erbrachten – Leistungen auf. Dafür muss die Zusammenarbeit von Agendagruppen und den existierenden, von PolitikerInnen und Beamten gebildeten Entscheidungsgremien (z.B. Verkehrskommissionen, Planungskommissionen) noch weiter ausgebaut werden.

. Von den Agendabüros wurde die Wichtigkeit der Steuerungsgruppen als Ort, in dem sich diese Kommunikationskultur etablieren kann, sofern auch alle Seiten die notwendige Wertschätzung für das Gegenüber mitbringen, betont. In Folge sollten die Steuerungsgruppen im weiteren Prozess aufgewertet werden – dies vor allem auch deshalb, weil die Steuerungsgruppe als der geeignete Ort für den Abgleich von Agendagruppen und Politik angesehen wird. Eine Aufwertung der Steuerungsgruppen, die als Dialogforum und Transfermedium gelten, könnte beispielsweise durch höhere Verbindlichkeiten der in ihren Sitzungen getroffenen Entscheidungen erfolgen.

5. Problem der Repräsentativität

Die Agenda sollte sich in Zukunft intensiver mit dem Thema der Repräsentativität auseinandersetzen. Müssen die in den Agendagruppen bearbeiteten Anliegen repräsentativ für den Bezirk sein? Müssen sie dem Gemeinwohl dienen? Diese Fragen und inwiefern Agendagruppen tatsächlich ihrem Anspruch gemäß als repräsentative Gruppen, in denen ein Projekt offen entwickelt wird, gerecht werden sollen, wurde thematisiert. Doch wie schon öfter im Rahmen der Evaluierung ausgeführt wurde, können und müssen Agendagruppen nicht repräsentativ sein – hier unterliegen sie einem mit den vorhandenen Bedingungen nicht einlösbaren Anspruch, der zudem mit dem Selbstbild der Gruppen konfligiert. Mit thematisch orientierten Agendagruppen zielt man in erster Linie auf eine Aufwertung der partizipativer Demokratie. Die Legitimation von Ergebnissen müsste jedoch mittels direktdemokratischer Ansätze oder über die repräsentative Politik hergestellt werden.

Darüber hinaus müssen sich Agendagruppen klar von Partikularinteressen abgrenzen. Von den Agendabüros und den Steuerungsgruppen wurde schon sehr früh erkannt, dass Bürgeranliegen, die hohes Konfliktpotential bzw. den Charakter von Bürgerinitiativen haben, nicht im Agendaprozess begleitbar sind. Die Agenda kann keine Mediationsrolle übernehmen, dazu ist sie selbst zu stark in die Prozesse involviert.

Ein kontinuierliches Monitoring bzw. eine Begleitung des Entscheidungsfindungsprozesses ist notwendig. So sollte auch hier bereits am Anfang die Frage gestellt werden, ob Repräsentativität für ein Projekt wichtig ist oder nicht.

6. Notwendigkeit aufsuchender Arbeit

Um den Agendaprozess über mögliche Themen einer breiteren Bevölkerungsgruppe bekannt zu machen und dadurch Nachhaltigkeit in größerem Ausmaß zu erreichen, wurde von Seiten der Politik als auch der Agendabüros im Laufe des Agendaprozesses die aufsuchende Arbeit gestärkt. Es wurde sowohl von den Agendabüros als auch von den BezirkspolitikerInnen betont, dass dies mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht in ausreichendem Maße möglich ist.

Die Verstärkung der aufsuchenden Arbeit lief parallel mit einem Rückgang von „konfliktreichen“ Planungsprojekten („konfliktreich“, weil viele andere Akteure und Entscheidungsgremien involviert waren) hin zu eher sozialen Projekten. Diese Entwicklung wurde von den Agendabüros bewusst gefördert, weil es im Laufe der Zeit besser gelang, die Erfolgchancen von Projekten abzuschätzen.

Der Übergang zur aufsuchenden Arbeit geschah auch in jenen Phasen des Agendaprozesses, in denen begonnene Agendaprojekte nach gewisser Laufzeit weniger Betreuungsbedarf erforderten. Seitens der Agendabüros wurden dadurch Ressourcen frei, die einerseits in die Erschließung neuer Themenfelder (z.B. ökologische Wirtschaft) führte und andererseits in die Entstehung und Förderung von Netzwerken mit Personengruppen, die sich bisher nicht an der Agenda beteiligten (Jugendliche, MigrantInnen, UnternehmerInnen).

7. Gewandeltes Politikverständnis

Die Lokale Agenda 21 verlangt zumindest in Ansätzen eine Umstellung im Handeln der Politik und in der Einstellung zur Politik. Zu einem guten Teil ist ihr das im Laufe der vergangenen Jahre auch gelungen.

Ein Teilnehmer der Gesprächsgruppe aus der Bezirkspolitik und einer aus der Gruppe der MagistratsbeamtInnen verwendeten den Begriff „Postkastenpolitik“ für das herkömmliche Politikmodell: Ein Bürgeranliegen langt in der Bezirksvertretung ein, wird einem bestimmten Ablauf unterzogen und abschließend wird ein Entscheid über dieses Anliegen den Betroffenen übermittelt.

In dem sich sowohl Politik als auch die Agenda auf einen partizipativen Prozess eingelassen haben entstand ein Potential zur Veränderung der Postkastenpolitik: Es geht nicht mehr darum, z.B. Seitens der Politik zwei verschiedene Realisierungsmöglichkeiten eines Projektes vorzuschlagen und dann darüber abzustimmen. Im Rahmen der LA21 ist die Politik gefordert, gemeinsam mit den BürgerInnen Lösungen für Probleme zu erarbeiten. Die BürgerInnen wiederum müssen, um diesen Prozess aufrecht zu erhalten, sich daran auch beteiligen und sich aktiv einbringen, nicht einfach Entscheidungen seitens der Politik einfordern. Die BürgerInnen können somit Teil des Prozesses und der Lösung werden.

8. Kompetenzaufbau durch den LA21 Prozess und Verstetigung

An das genannte Verständnis für das politische und das Verwaltungssystem anknüpfend wurde in allen Gesprächsgruppen Kompetenzaufbau als wichtiges Ergebnis und gleichzeitig Erfolgsbedingung des Agendaprozesses genannt.

Diese Kompetenzen sind einerseits sowohl sozialer als auch fachlicher Natur, und beinhalten die oben genannte Kommunikationskompetenz, wie auch die Kompetenz in Bezug auf das Wissen über Verwaltung und Politik und darüber hinaus den notwendigen Aufbau von Sachkompetenz, etwa bei verkehrsplanerischen Projekten.

Gestiegen ist auch das Wissen und Verständnis für das jeweilige andere „System“. Sowohl die Politik als auch die MagistratsbeamtInnen nahmen ein gestiegenes Verständnis für die Funktionsweise ihrer Tätigkeitsbereiche wahr. Auch Seitens der BürgerInnen und der Agendabüros wurde dieses gestiegene Wissen über Verwaltungsabläufe und politische Zusammenhänge als positiver Effekt der LA21-Beteiligung gesehen.

Von allen Gruppen wurde berichtet, dass dieser Aufbau an Kompetenz stattfindet, jedoch aufgrund der Fluktuation der Aktivität/TeilnehmerInnenzahlen an Agendagruppen gefährdet ist, und eine Institutionalisierung des Know-how-Transfers notwendig wäre und teilweise – etwa über die Agendabüros – auch bereits geschieht. Doch dieses System kann das in den Agendagruppen gewonnene Erfahrungswissen noch nicht wirklich gut erhalten und daher sollten in der Weiterentwicklungsphase diesbezüglich Lösungen angedacht werden.

Die Agendabüros vermerken auch einen Kompetenzaufbau hinsichtlich ihrer Einschätzung des möglichen Erfolgs von Projekten an sich oder ob die Zusammensetzung einer Gruppe funktionieren kann. Außerdem fließt Wissen von den Gruppen zu den Agendabüros wie auch umgekehrt.

Parallel zum Kompetenzaufbau kam es auch zur Professionalisierung der Arbeit in den Agendagruppen. Kennzeichnend dafür ist eine gestiegene Sicherheit in der Prozessleitung aber auch im Umgang mit „problematischen“ Persönlichkeiten. Kritiker von LA21-Projekten werden nun schon von Anfang an ins Projektdesign eingebunden, wobei kritische Anmerkungen konstruktiv einfließen können.

Abschließend bleibt nun zu klären, wie die Kernkompetenzen, die man gewonnen hat, bei der Verstetigung des Agendaprozesses gesichert werden könnten. Der Weiterbestand der Agenda sollte von den bisher gemachten Erfahrungen (z.B. Notwendigkeit der Klarheit in der Kommunikation) profitieren. Diese können beispielsweise für Verbesserungen in der Kommunikation genutzt werden. Von Seiten der Agendabüros und der BürgerInnen wurde darauf hingewiesen, dass diese Verstetigung erworbener Erfahrung und Erkenntnisse nicht nur auf Seiten der BürgerInnen erfolgen muss, sondern auch auf Seiten der Politik kompetente Ansprechpersonen zur Umsetzung notwendig sind.

Es scheint auch wichtig zu sein, dass Personen die mit der Agenda vertraut sind längerfristig im Agendaprozess mitmachen. Das bringt Kontinuität und erleichtert das Weiterentwickeln. „Nicht immer von vorne anfangen, nicht immer wieder die gleichen Fragen beantworten...“ Gleichzeitig muss aber eine Offenheit der Lokalen Agenda 21 erhalten bleiben und „NeueinsteigerInnen“ in passender Weise aufgenommen werden. Insbesondere von der Politik wurde darauf hingewiesen, dass die Verstetigung durchaus die Gefahr von Klügelbildung birgt, und alle „Nicht-ExpertenInnen“ an den Rand drängen würde. Die Agenda fördere die Beteiligung eines „BürgerInnentyps“, nämlich jenes des/der BildungsbürgerIn. Um dem entgegenzutreten zu können, ist es noch notwendig „Trainingselemente“ zu entwickeln.

4.2.3 Reflexion der Lessons Learned in der Resonanzgruppe

Der Resonanzgruppenworkshop Ende März 2007 diente zum einen dazu, die Ergebnisse aus den Fokusgruppendifkussionen zu diskutieren und zu ergänzen und zum anderen auch dazu, die gegenwärtige Praxis der LA21 und ihre Entwicklungsmöglichkeiten zu reflektieren. Die in der Resonanzgruppe vorgestellten Lessons Learned wurden dabei folgendermaßen formuliert:

LA21 Projekte können dann erfolgreich geplant und umgesetzt werden, wenn....

- 1) von Beginn an die **Rollen und Kompetenzen** der einzelnen AkteurInnen geklärt sind;
- 2) eine **Kommunikationskultur** aufgebaut wird, die auf wechselseitigem Respekt, Verständnis und Offenheit basiert und Transparenz für alle gewährleistet;
- 3) auf **Projektebene Rahmenbedingungen** geklärt und ehrlich kommuniziert werden sowie Entscheidungsprozesse nachvollziehbar sind;
- 4) VertreterInnen der Politik, der Verwaltung und sonstige ExpertInnen **frühzeitig eingebunden** sind.

Wenn in die LA21 auch „schwer erreichbare soziale Gruppen“ eingebunden werden sollen, muss...

- 5) der **Projektgruppenagenda-Zugang** erweitert,
- 6) der **bottom-up Ansatz ergänzt** und
- 7) verstärkt **aufsuchende (Sozial-)Arbeit** angeboten werden.

In der anschließenden Diskussion standen vor allem die prozeduralen Aspekte, die in den Lessons Learned thematisiert wurden, im Vordergrund. Dabei konzentrierte sich die Diskussion bezüglich der Lessons Learned auf folgende zwei Schwerpunkte, die die Ergebnisse aus den Fokusgruppen nochmals auf den Punkt brachten:

1. Lessons Learned hinsichtlich Rollen und Kompetenzen
2. Lessons Learned hinsichtlich der Kommunikationskultur

Lesson Learned: Rollen und Kompetenzen

Sind bei einem Projekt verschiedene Entscheidungsträger bzw. Instanzen involviert, ist eine Klärung bezüglich der Rollen und Kompetenzen aller Beteiligten bereits zu Beginn unabdingbar – in diesem Punkt stimmen auch die TeilnehmerInnen an der Resonanzgruppe überein. Prinzipiell geht es um die Klärung der Frage, wie viel Mitbestimmung die repräsentative Demokratie ermöglicht und welche Rolle der LA21 dabei zukommt.

Im Laufe des Workshops wurden folgende Ideen bearbeitet:

Verankerung der Agenda in unterschiedlichen Programmen der Stadt: Notwendig wäre es, die bestehenden Programme der Stadt Wien stärker mit den Inhalten und Arbeitsweisen der Lokalen Agenda 21 zu verknüpfen. Wenn Wien beispielsweise den Klimaschutz fördern möchte, müsste stärker darauf eingegangen werden, wie die Lokale Agenda 21 mit ihrer Vertretung im Bezirk und der Mitwirkung von BürgerInnen die Programmumsetzung unterstützen könnte. So wie Gender und Diversity Querschnittsmaterien sind, sollte sich die Agenda auch in mehreren Ressorts auf Stadtebene widerspiegeln. Dazu müssten aber auch die städtischen Gremien aufgewertet werden, um Nachhaltigkeit als Querschnittsmaterie implementieren zu können. Auch in finanzieller Hinsicht sollte die Agenda in mehreren Ressorts verankert werden.

In Anlehnung an das Qualitätshandbuch sollten unterschiedliche Mitwirkungs- und Mitgestaltungsverfahren für unterschiedliche Projekttypen abgeleitet werden. Die Bezirke könnten sich verpflichten, diese Mitwirkungs- und Mitgestaltungsverfahren zu etablieren regelmäßig anzuwenden. Bei Projekten in einer gewissen Größenordnung sollten Beteiligungsverfahren (selbst-)verpflichtend zum Einsatz kommen. Neben AnrainerInnen könnte in solchen Verfahren auch die Agendaöffentlichkeit einbezogen werden. Wird ein standardisiertes Beteiligungsverfahren angestrebt, wäre dafür ein Know-how-Management von Seiten der Stadt von Vorteil.

Von Anfang an sollte klar gestellt werden, welches Beteiligungsverfahren angewendet werden soll und wie daher der Entscheidungsprozess für ein Projekt aussieht. Dazu gehört auch, dass die Bezirkspolitik von Anfang an darlegt, ob und in welchem Ausmaß sie bereit ist, die Beteiligungsergebnisse zu übernehmen. Weiters muss geklärt werden, welche Entscheidungen von den BürgerInnen autonom getroffen werden können und welche die Politik zu treffen hat.

Dem Problem der „Breite“ der Agenda – induziert durch den bottom-up Ansatz – soll mit inhaltlicher Fokussierung begegnet werden. Dadurch könnten auch Rollen und Kompetenzen klarer beschrieben werden. Eine neue Mischung von bottom-up und top-down Elementen sollte angedacht werden.

Lesson Learned: Kommunikationskultur

Damit die Kommunikation erfolgreich sein kann, müssen aus Sicht der Resonanzgruppe folgende Bedingungen erfüllt sein:

- Mindeststandards für die Kommunikationskultur gehören entwickelt: Welche Informationen werden über einen Verteiler ausgeschickt? Werden Protokolle online gestellt? – Auf solche Standards kann man sich berufen und sie einfordern.
- Dazu ist es auch notwendig, dass die Verfahrensschritte klarer dargestellt werden, ebenso wie die Rahmenbedingungen für Entscheidungsprozesse – durch die Agenda wird unzureichend funktionierende Kommunikation innerhalb der Verwaltungsstrukturen „aufgedeckt“, wodurch sich die verwaltungsinterne Kommunikationskultur schon zu verändern begonnen hat.
- Auch verändert haben sich die BürgerInnen, die durch ihre Teilnahme am Agenda Prozess Empowerment erfahren haben und prozedural gesehen „politikfähig“ geworden sind.
- Auch von der Politik muss man einfordern, den BürgerInnen in gewissen Situationen z.B. bei der Darstellung ihrer Projekterfolge den Vortritt zu lassen. Wesentlich ist, dass im Prozess Vertrauen zwischen den AkteurInnen aufgebaut wird. Dafür sind die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen und Abläufen sowie die Verbindlichkeit von Zusagen von hoher Bedeutung.
- Vertiefende fachliche Diskussionen erfolgen oft unzureichend (v.a. bei Planungsprojekten) – ein Pool von Expertinnen, auf die in bestimmten Projekten zurückgegriffen werden kann, wäre der Resonanzgruppe zufolge eine mögliche Lösung.

5. ZUSAMMENFASSUNG

Seit der Starterhebung, die bis Mitte 2005 lief, haben zahlreiche Veränderungen den Agendaprozess geprägt. Abschließend wird nun noch einmal ein Blick auf die zwei wichtigsten Veränderungen, zum einen auf der Beziehungsebene zwischen den einzelnen am Prozess beteiligten Akteurinnen, zum anderen auf institutioneller Ebene des Agendaprozesses gelegt.

Annäherung der AkteurInnen von repräsentativer und partizipativer Demokratie

Jene **Lernprozesse**, die durch den Agendaprozess bei den verschiedenen Akteursgruppen in Gang gesetzt wurden, waren bis zur Starterhebung nicht systematisch erfasst worden. Der subjektiven Einschätzung, der von Ende 2004 bis Mitte 2005 befragten AkteurInnen zufolge, glaubten die BürgerInnen, dass sie fachlich von ihrer Beteiligung profitieren und Einblick in die Abläufe bei Verwaltung und Bezirkspolitik erlangen. Diese Einschätzung wurde sowohl von den PolitikerInnen als auch von VertreterInnen der Verwaltung geteilt. Zudem stellten die beiden letztgenannten Akteursgruppen fest, dass der Agendaprozess auch bei ihnen Veränderungen ausgelöst hat. Besonders hervorgehoben wurde dabei die Wahrnehmung einer **neuen Gesprächskultur** zwischen den beteiligten AkteurInnen. Nichts desto trotz orteten die BürgerInnen auf Seiten der Bezirkspolitik noch Potential für Lern- und Veränderungsprozesse, vor allem sollten diese noch mehr Bereitschaft zeigen, sich auf einen fachlichen Dialog einzulassen.

Damit zusammenhängend wurden auch bereits zu Beginn der Evaluierung die unterschiedlichen Rollen der beteiligten AkteurInnen und ihre „Haltungen“ gegenüber den jeweiligen anderen Mitwirkenden thematisiert. So merkten die BürgerInnen an, dass es für den Erfolg der LA21 von großer Bedeutung sei, dass sich BezirkspolitikerInnen mit Interesse am Prozess beteiligen und sowohl den Beteiligten als auch den Ergebnissen der

partizipativen Demokratie mit Offenheit und Vertrauen gegenüber stehen. Die Mehrheit der interviewten BürgerInnen empfand die Haltung der beteiligten PolitikerInnen im Bezirk zum damaligen Zeitpunkt allerdings als wenig förderlich bis hin zu eindeutig hinderlich. Die BezirkspolitikerInnen hingegen nahmen sich selbst als den Agendaprozess unterstützend wahr. Die Empfehlung der EvaluatorInnen lautete demnach, die **Agendagruppen stärker an die politischen Gremien des Bezirks anzubinden**, um eine verbesserte Abstimmung der repräsentativen und partizipativen Politiken in den Agendabezirken zu erreichen: informelle Kontakte (face-to-face, E-Mailkontakte etc.) zwischen Agendagruppen und einzelnen BezirkspolitikerInnen sollten ausgebaut werden und kontinuierlich stattfinden. Die inhaltliche Autonomie beider Seiten sollte dabei möglichst aufrechterhalten bleiben.

Sowohl bei den Fallanalysen als auch im Rahmen der Abschlusserhebung zeigten sich die Veränderungen, die in den vergangenen zwei Jahren im Agendaprozess und hier auch in der Zusammenarbeit der VertreterInnen von repräsentativer und partizipativer Demokratie stattgefunden haben deutlich und bestätigten somit die Anfangs wahrgenommenen Veränderungsprozesse. Der zu Beginn nur subjektiv empfundene Kompetenzaufbau durch die Beteiligung am Agendaprozess wurde von allen AkteurInnen thematisiert: so wuchsen nicht nur die Kompetenzen sozialer als auch fachlicher Natur, sondern darüber hinaus auch Wissen und Verständnis für das jeweilige andere „System“. Zudem waren die Positionierungen der einzelnen beteiligten AkteurInnen klarer geworden und die Offenheit gegenüber den jeweiligen anderen Akteurinnen und den unterschiedlichen Funktionsweisen ihrer Tätigkeitsbereiche gewachsen. Vor allem die Zusammenarbeit und Kommunikation mit der „Politik“ hat sich zum Besseren gewandelt, wie nicht nur BürgerInnen sondern auch VertreterInnen der Agendabüros bestätigten. Die PolitikerInnen und VertreterInnen der Verwaltung wiederum nahmen Veränderungen im herkömmlichen Politikmodell (Stichwort „Postkastenpolitik“) als Bereicherung und Ergebnis ihres Einlassens auf den Agendaprozess wahr. In den Lessons learned wurde abschließend nochmals aufgezeigt, wie wichtig klare Spielregeln und Rahmenbedingungen für den offenen und erfolgreichen Umgang aller AkteurInnen miteinander sind. Dem gegenseitigen Kennenlernen bereits zu Beginn eines Agendaprozesses wurde dabei besonders große Wichtigkeit zugeschrieben.

Aufwertung und institutionelle Weiterentwicklung der Steuerungsgruppen

Am Ende der Starterhebung wurde von den EvaluatorInnen die **institutionelle Weiterentwicklung der Steuerungsgruppen** empfohlen, da diese von Anfang an als Bindeglied zwischen repräsentativer und partizipativer Bezirkspolitik wahrgenommen wurden. Da die institutionellen Regeln der Steuerungsgruppen Schritt für Schritt in den Agendabezirken – teilweise autonom voneinander – entstanden waren, sollten sie im weiteren Agendaprozess mit klareren Aufgabenbereichen und Regeln zur Entscheidungsfindung ausgestattet werden. Demnach wurde empfohlen, sämtliche Maßnahmen in diesem Bereich unter der Zielsetzung einer Vereinheitlichung und Normierung der Geschäftsordnungen zu sehen. Verfahrensweisen und Regeln, die sich bereits bisher bewährt hatten, sollten dokumentiert, bewertet und als generelle Lösungen vorgeschlagen werden. Ein verstärkter Erfahrungsaustausch zwischen den Steuerungsteams wurde angeregt. Auch bezüglich der unterschiedlichen Zusammensetzung der Steuerungsgruppen in den einzelnen Bezirken wurde eine Vereinheitlichung von Seiten der EvaluatorInnen angeregt. Auch, dass bestimmte Gruppen, wie die Wirtschaft oder Magistratsabteilungen noch zu wenig eingebunden sind, sollte im weiteren Agendaprozess verändert werden. Weiters wurde angeregt, die Arbeitsfähigkeit der Steuerungsgruppen zu verbessern, in dem die Verantwortlichkeiten der einzelnen Mitglieder diskutiert und klargestellt werden sollten. Zudem sollten die Entscheidungsmodi realistisch, klar und nachvollziehbar gestaltet werden und das Bewusstsein stärker verankert werden, dass es in den Steuerungsgruppen um den Interessenausgleich zwischen (repräsentativer) Politik und

Agendagruppen geht. Nicht zuletzt soll die Transparenz der Entscheidungen und Abläufe nach außen erhöht werden, sodass die BürgerInnen leichter nachvollziehen können, wo sich ein Projekt gerade „befindet“. Die Steuerungsgruppen, als die wichtigste Schnittstelle zwischen repräsentativer und partizipativer Politik im Agendaprozess, sollten im weiteren Prozess aufgewertet werden. Unterschiedlich ist nach wie vor die Einschätzung der Steuerungsgruppen in den einzelnen Bezirken hinsichtlich ihrer Rolle und auch Wichtigkeit. So scheint die Stellung der Steuerungsgruppen stark von den politischen Gegebenheiten im Bezirk abhängig und weniger als ein für den Agendaprozess in allen Bezirken gleich wichtiges Gremium des Agendaprozesses umgesetzt zu sein. Nur so ist erklärbar, dass die Steuerungsgruppe in einem Bezirk in der vergangenen Zeit eine Aufwertung erfahren hat, eine andere jedoch nur mehr als passiver Player wahrgenommen wird. Im Rahmen der angestrebten Institutionalisierung und somit langfristigen Anerkennung der Lokalen Agenda 21 als politisch mitwirkenden Akteur auf Bezirks- und auch Stadtebene müssen die Steuerungsgruppen eine weitere Aufwertung erfahren, beispielsweise indem die Teilnahme aller Akteure an den Treffen der Steuerungsgruppen verpflichtend werden und/oder die in den Sitzungen getroffenen Entscheidungen eine höhere Verbindlichkeit erfahren.

Für die Zeit nach 2007 arbeiten die einzelnen Agendabüros nun an einer strategischen, inhaltlichen und finanziellen Perspektive, da die Verträge der Agendabüros in jenen sechs Agendabezirken auslaufen, die in den Jahren 2003 und 2004 mit ihren Prozessen begonnen haben. Die im Rahmen der Evaluierung dokumentierten Empfehlungen und Anregungen können einen wertvollen Beitrag zur inhaltlichen Weiterentwicklung des LA21-Modells leisten.

Zum Erfolg der für die Lokale Agenda 21 entwickelten Perspektiven wird nicht zuletzt beitragen, inwieweit es gelingt, inhaltliches und Prozesswissen, Kompetenzen und Fähigkeiten, die im Austausch und in der Zusammenarbeit mit anderen AkteurInnen erlernt wurden, zu dokumentieren und in den kommenden Prozess und seine Weiterentwicklung einfließen zu lassen.

6. LITERATUR

- agendabüro margareten (2005) Jahresbericht 2004. Lokale Agenda 21 in Margareten. Wien
- agendabüro margareten (2004) Jahresbericht 2003. Lokale Agenda 21 in Margareten. Wien
- agenda wien sieben (2004) Jahresbericht 2003. Wien
- Astleithner, Florentina/Hamedinger, Alexander (2003) Urban Sustainability as a New Form of Governance: Obstacles and Potentials in the Case of Vienna. In: Innovation. The European Journal of Social Sciences, Vol. 16, Nr. 1, 51-75
- Bork, Herbert/Klinger, Stefan/Ruland, Gisa (2005) Lokale Agenda 21 für den 23. Wiener Gemeindebezirk. Jahresbericht 2004. Wien
- Bryman, Alan (2001) *Social Research Methods*. Oxford University Press.
- Büro der Lokalen Agenda 21 für den 15. Bezirk Jahresbericht 2003
- Büro der Lokalen Agenda 21 für den 15. Bezirk (2005) Jahresbericht 2004. Wien
- Diebäcker, Mark/Haslinger, Sabine (2004) Jahresbericht 2003. Fortführung der lokalen AGENDA am Alsergrund im Auftrag des Vereins LA 21 Wien. Wien
- Diebäcker, Mark/Haslinger, Sabine/Jaunig, Ursula/Gruber, Sabine (2005) Jahresbericht 2004. Fortführung der lokalen AGENDA am Alsergrund im Auftrag des Vereins LA 21 Wien. Wien
- Feichtinger, Judith/Pregernig, Michael (2005) Imagined citizens and participation: Local Agenda 21 in two communities in Sweden and Austria. will be published in June 2005 (10:3), *Local Environment: The International Journal of Justice and Sustainability*.
- Greenwood, Davydd J. & Levin, Morten (1998) *Introduction to Action Research. Social Research for Social Change*. Sage, London.
- Heiner, Maja (1996) *Evaluation*. Freiburg im Breisgau.
- Inama, Angelina/Stafler, Georg/Friedrich, Birgit/Tappeiner, Georg (2005) agenda wien sieben. Jahresbericht 2004. Wien
- Jackson, E. T./Kassam, Y. (Eds.) (1998) *Knowledge shared: Participatory evaluation in development cooperation*. West Hartford, CT: Kumarian Press
- Kozeluh, Ulrike/Ornetzeder, Michael (2004) Lokale Agenda 21 Prozesse in Österreich: Neue Formen partizipativer Demokratie? Wien
- ÖAR Regionalberatung GesmbH (2004) Lokale Agenda 21 in Wien-Donaustadt. Leitbildentwurf Stand Februar 2004. Wien
- ÖAR Regionalberatung GesmbH/Plannsinn GesmbH & CoKEG (2004) Lokale Agenda 21 in Wien-Donaustadt. Jahresbericht 2003. Wien
- ÖAR Regionalberatung GesmbH/Plannsinn GesmbH & CoKEG (2005) Lokale Agenda 21 Wien-Donaustadt. Jahresbericht 2004. Wien
- Patton, Michael Q. (1990) *Qualitative evaluation and research methods*. 2nd ed, Newbury Park, CA: Sage Publishing.
- Pleschberger, Werner (2000) Lokale Agenda 21 zwischen Lebenswelt und Stadtpolitik, Überlegungen am Wiener Beispiel. *SWS-Rundschau* (40.Jg. – Heft 4/2000), S. 441-469
- Ulrich, Susanne/Wenzel, Florian M. (2003) *Partizipative Evaluation. Ein Konzept für die politische Bildung*. Version 5,1, Verlag Bertelsmann Stiftung, Germany.
- Verein Lokale Agenda 21 Wien (2004) Leitfaden für Bezirksantrag und Bezirkskonzept zur Durchführung eines LA 21 Prozesses. Wien
- Verein Lokale Agenda 21 Wien (Hg.) (2004) *Nachlese 2004_Lokale Agenda 21 in Wien*. Wien

7. ANHANG

Leitfaden Fokusgruppendifkussionen

Leitfragen:

1. Veränderungen in der Agendaarbeit

Was waren die wichtigsten Veränderungen in der Agendaarbeit in den letzten zwei Jahren? Gründe dafür und Erfahrungen damit?

2. Lessons-learned

Was hat sich bewährt, was hat sich als weniger gut herausgestellt?
Steuerungsgruppe!

3. Kompetenzaufbau

In welchen Bereichen wurden in den letzten Jahren Kompetenzen und Know-how aufgebaut?
Wo liegen die Stärken der Agenda?

4. Standardisierung versus angepasste Lösungen in den Bezirken?

Was kann bzw. soll in allen Bezirken auf die gleiche Weise organisiert sein, was kann bzw. soll individuell/kontextabhängig gelöst werden?

5. Zukunft der Agenda aus Sicht der PolitikerInnen

Wie soll sich die Agenda im Bezirk und Wienweit weiterentwickeln? Ausgangspunkt: Erfahrungen und Kompetenzen

6. Schlussrunde

Was ist noch wichtig, wurde aber noch nicht angesprochen?